



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

518 (5.11.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-336729](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-336729)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

70 Pfennig monatlich.
Ergebnis 28 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.49 pro Quartal,
Einzelnummern 8 Bg.

Badische Neueste Nachrichten

Telegramm-Adresse:
„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1440
Druckerei-Bureau (An-
nahmen-Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlags-
buchhandlung 218

Inserate:
Die Colonne-Zeile . . . 25 Bg.
Kurzweilige Inserate . . . 30
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestigte und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 518.

Donnerstag, 5. November 1908.

(Abendblatt.)

Schüdings Verteidigungsschrift.

sh. In den nächsten Tagen wird im Buchverlag der „Hilfe“ eine Broschüre erscheinen, in der die Freunde des Bürgermeisters Dr. Schüding die Anschuldigungsschrift der Regierung und die sehr ausführliche Verteidigungsschrift Schüdings in vollem Wortlaut veröffentlichten. Dank der Liebeshuldigkeit des Verlags der „Hilfe“ sehen wir uns in der Lage, aus den Aushängbogen der Broschüre folgendes schon heute zu veröffentlichen:

Der Angeeschuldigte gibt zunächst seinem Erstnamen Ausdruck, daß der Ankläger kein Bedenken getragen hat, den Sinn der Äußerungen des Verfassers der inkriminierten Artikel und der Broschüre über „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens“ an vielen Stellen zu entstellen, um den pointierten Urteilen des Buches einen Inhalt zu geben, der sie als Disziplinardelikte erscheinen lassen könnte. Der subjektive Eindruck ist nicht zu verkennen, daß die Anklage in dieser Beziehung eine gewisse „Methode der Entstellung“ befolge, um mit Hilfe dieser Methode dem Angeeschuldigten am Schlusse des ganzen die „mangelnde Wahrhaftigkeit seines Charakters“ und ein „gemindert Verantwortlichkeitsgefühl“ vorzuwerfen. Der Angeeschuldigte erörtert dann die Frage, ob er sich wirklich durch sein Buch seines Amtes unwürdig machen konnte und führt dabei aus: „Gewiß ist hier und da die Meinung hervorgetreten, einzelne Ausdrücke und Wendungen hätten laßvoller gefaßt werden müssen, aber niemand hat dem Bürgermeister von Husum deshalb seine Amtswürdigkeit abgesprochen. Gewiß mögen Regierungskreise anderer Meinung sein. Aber darf ihr Urteil richtiger sein als dasjenige der öffentlichen Meinung? Es gibt auch Personen in der Regierung selbst, wenigstens nach der Ansicht des Angeeschuldigten, deren Urteil mit dem der öffentlichen Meinung mehr oder weniger zusammenfällt, die sich aber mit ihrem Urteil nicht hervorwagen dürfen.“ Die Verteidigungsschrift weist dann darauf hin, daß diejenigen Kreise, mit denen der Angeeschuldigte täglich zusammenarbeiten muß, in ihrer Achtung für ihn unerschüttert sind, und daß demnach niemand behaupten könne, er habe sich der öffentlichen Achtung, des notwendigen Ansehens und Vertrauens unwürdig gezeigt. Was die in dem Verfahren anzuwendenden Rechtsnormen anbelangt, so kann der Angeeschuldigte gegen die Anwendung der betreffenden landrechtlichen Normen (X, II, Tit. 10 §§ 1-3) an sich nichts einwenden, macht aber darauf aufmerksam, daß diese Normen, die mehr als 100 Jahre alt sind, aus dem absolutistischen Staat stammen und in der Folgezeit eine wesentliche Veränderung erfahren haben. Das allgemeine Landrecht gehe davon aus, daß neben den allgemeinen Untertanenpflichten der Staatsdiener dem Oberhaupt besondere Treue und Gehorsam schuldig sei. „Nun ist aber zunächst“, heißt es in der Verteidigungsschrift, „in Bezug auf die allgemeinen Untertanenpflichten ein gewaltiger Umschwung vor sich gegangen. Es gilt der sogenannte „Vorbehalt des Gesetzes“, der das Weiter des konstitutionellen Staates ausmacht. Was heißt, die Untertanen sind nur noch

zu den speziellen Leistungen verpflichtet, die ihnen durch ein verfassungsgemäß zustande gekommenes Gesetz auferlegt worden sind. Damit ist die allgemeine Treuepflicht der Untertanen, ebenso wie ihre allgemeine Gehorsamspflicht, in Wegfall gekommen. Wenn einzelne Staatsrechtslehrer der Treuepflicht dadurch einer besonderen Inhalt zu geben suchen, daß sie die Pflicht involviere, keinen Hoch- und Landesverrat zu begehen, so ist das offenbar unsinnig. Ebenjogut könnte man dann eine besondere Rechtspflicht aller Untertanen konstruieren, sich anständig zu benehmen, weil das Reichsstrafgesetzbuch den großen Unfug mit Strafe bedroht.“ „Das ganze Rechtsinstitut der Treue stammt aus dem Lehenswesen, hat sich wie dieses einmal den ganzen Staat erobert, ist aber mit diesem überwunden.“ Die echte Treue könne im Einzelfall sogar darin bestehen, daß man dem erklärten Willen seines Treuherrn in dessen besser verstandenem Interesse direkt entgegen handle, denn die Treue sei eine Art Gesinnung, die auf jede Gefahr hin, nur das Beste des Herrn fördern will. „In dieser Gesinnung hat der Angeeschuldigte seine Treue dadurch bekundet, daß er auf die Gefahr hin, sich unbeliebt zu machen, seine Eindrücke über die Schwächen der inneren Verwaltung, wie er sie vom bürgerlich liberalen Standpunkt aus sah, der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Wie sehr er auch dabei an das wahre Wohl des Landesherrn gedacht hat, geht wohl am besten aus dem Umstande hervor, daß er sein Buch nach dem Erscheinen Professor De Lbr ü d Berlin mit der Anregung überreicht hat, ob er es nicht dem Kaiser vorlegen könne.“

Mit Entschiedenheit wendet sich dann Schüding gegen die Darlegung der Anschuldigungsschrift, ein Bürgermeister und Polizeiverwalter habe „in hervorragendem Maße die Willkür, die öffentliche Erregung von Mißstimmung und Widerstreben gegen die bestehenden Staatseinrichtungen und Anordnungen der Behörden zu vermeiden“, und erklärt dazu: „Das könnte freilich der staatlichen Bürokratie wohl passen, wenn dieser Rechtsfall in Preußen gelten sollte, dann freilich wären auch sogar die Säppler der Selbstverwaltungskörper herabgedrückt zu wissenlosen Werkzeugen des jeweiligen politischen Systems wie sonst nur die eigentlich politischen Beamten im engsten Rechtsinn des Wortes. Der Angeeschuldigte vertritt die Meinung, daß jener Grundsatz der Anschuldigungsschrift so recht kennzeichnend ist für den reaktionären Geist der Verwaltung, den er bekämpft, und der in seiner Wirkung darauf hinausläuft, unser öffentliches Leben in möglichsie Stagnation zu bringen. Denn praktisch würde dieser Standpunkt zur Folge haben, jede politische Agitation von Gemeindefürsorge, Gemeinden und Beamtenvereinen usw. unmöglich zu machen.“ Schüding betont dann, daß er einen scharfen Unterschied mache zwischen Verwaltungsgesetzgebung und Verwaltungspraxis und verweigert sich mit größter Entschiedenheit gegen den ihm gemachten „unerhörten“ Vorwurf der „angreifenden, verhetzenden, persönlichen Tendenz“. Was dem weiteren Teile der Verteidigungsschrift seien dann ferner nur noch folgende Stellen wiedergegeben: „Im Jahre 1902 veröffentlichte der außerordentliche Professor der Rechte W. S. ein rein wissenschaftliches, gänzlich tendenzloses Buch „Der Staat und die Königen“, in dem der Begriff des „göttlichen Rechts der Könige“ als unwissenschaftlich abgewiesen wurde. Der damals im Universitätsrat als Mitglied des Reichstages

direktor Althoff erklärte dazu dem Verfasser wörtlich: „Sie können lehren, was Sie wollen, aber Sie müssen immer damit rechnen, daß wir eines Tages von ihrer Wissenschaft keinen Gebrauch mehr machen.“ In Bezug auf seine Angriffe gegen das preussische Wahlrecht bleibt der Angeeschuldigte bei seiner Ansicht, daß die preussischen Wahlmännerwahlen nicht selten in einer Weise beeinflußt werden, die nur noch in wenigen zivilisierten Ländern möglich sei, und fährt dann fort: „Als nach der Kanalarstimmung der Vizekanzler Dr. B. Miquel gefragt wurde, ob der Landtag nicht aufgelöst werden sollte, erwiderte Miquel, das sei völlig zwecklos, konservative Landräte und die übrigen Verwaltungsbeamten würden dafür sorgen, daß ein Landtag mindestens in derselben Zusammenstellung wiederkehre! Als dann der Fragesteller die Möglichkeit erwähnte, zunächst einmal schnell andere Verwaltungsbeamte einzusetzen, sagte Miquel: „Woher soll ich sie nehmen? Die ganze Verwaltung befindet sich in den Händen der konservativen Partei, die ganze Verwaltung würde stille stehen, wenn die konservativen Beamten zur Disposition gestellt würden.“ „Noch im Jahre 1886 konnte der Oberpräsident v. Steinmann in Schleswig einem jetzigen Reichstagsabgeordneten erklären, daß für die Beurteilung der Tüchtigkeit von Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten maßgebend sei der Ausfall der Wahlen in ihrem Bezirk.“

Politische Uebersicht.

Mannheim, 5. November 1908.

Der Zwischenfall von Casablanca.

Die „Deutsche Marokko-Korrespondenz“ richtet folgende Bitte an den Herrn Reichskanzler:

Unsere deutschen Landesleute in Marokko melden, daß das deutsche Konsulat in Casablanca den amtlichen Auftrag erhalten habe, in der Angelegenheit vom 26. September d. J., betreffend die widerrechtliche Festnahme deutscher Deserteure, keine weiteren Schritte zu unternehmen. Wenn diese Nachricht sich bewahrheitet, so ist die neue lebensschädliche Lärche der Deutschen in Marokko wohl zu verstehen, obwohl die Möglichkeit offen bleibt, daß der Zwischenfall von Casablanca zwar der weiteren Bearbeitung durch die peripherische Behörde entzogen wurde, die Berliner Zentralstelle jedoch in der Angelegenheit mit der französischen Regierung weiter verhandelt. In letzterem Sinne kann die in der Presse auftauchende Meldung gedeutet werden, daß die Unterredung, die der französische Vizekonsul Gambon am 2. November mit dem Reichskanzler hatte, sich um die marokkanische Frage und speziell um die Affäre der Deserteure von Casablanca drehte. Im Interesse der Beruhigung aller beteiligten Kreise möchten wir die Bitte an den Herrn Reichskanzler richten, Aufschluß darüber zu geben, was die deutsche Regierung in der Casablanca-Angelage zu tun gedenkt. Die öffentliche Meinung wird nicht eher Vertrauen zu der Tatkraft der leitenden Politiker im Deutschen Reich fassen können, als bis die Erlangung der von Frankreich geschuldeten Söhne in bestimmter Aussicht gestellt wird. Wie notwendig diese Söhne ist, geht auch aus der neuerlichen Veröffentlichung einer juristischen Autorität hervor. Der hervorragende deutsche Staats- und Völkerrechtslehrer Geheimerat von

Senilleton.

Wiener Theater.

Wien, Anfang November 1908.

Die großen Wiener und Berliner Erfolge werden in Wien selten bestätigt. Es gibt dafür eine große Anzahl von berühmten Beispielen, von denen einige sogar schon in der Literaturgeschichte stehen, und in jeder Saison kommen ein paar neue dazu. Diese scharfe Divergenz der Geschmacksrichtungen, die namentlich zwischen Wien und Berlin besteht, wird an solchen erwartungsvollen und sensationellen Premierenabenden jedesmal deutlich sichtbar. So zunächst im Burgtheater, bei der Premiere des Lustspiels „Die Liebe macht“ von G. A. Coillinet und R. de Mars. Dieser Berliner Schöler, der sich vierzehn Tage vorher in Berlin so glänzend bewährt hatte, wurde hier schon vor der ersten Aufführung zum Stück der Saison proklamiert, und man wußte auch, daß Direktor Schillerer darauf große Hoffnungen setzte. Wiso heftiger war die Enttäuschung. Dieses angeblich feine und geistvolle Lustspiel erwies sich als eine Mischung von älteren und neueren Komödien und Schwankmotiven, als eine wohlgenutete Anlehnung an Demos, Sardou und noch eine Reihe französischer und deutscher Autoren. Auch die Scherzhaftigkeit der Technik, die Terzheit der leichten Scherz und das Gleitende, Weinbergs Geistesreiche des Dialogs hätte man hier nicht unbedingt erwarten lassen. Trotzdem hätte das Stück auch in Wien einen gewissen Gaderfolg erzielen können - wenn es nicht im Burgtheater aufgeführt worden wäre. Denn es fehlt im Burgtheater nicht bloß an jugendlichen Liebhabern, Bonvivants und Salonbamben, sondern vor allem an dem richtigen modernen Regiegeist, der den Schauspielern den Ton und das Tempo beibringt und den Stücken den Bühnennatem

einbläst. Viel weniger Enttäuschungen gibt es in der Hofoper. Allerdings ist bisher dazu kein Anlaß gewesen. Direktor Weingartner, dessen Novitätenliste überhaupt nicht sehr lang ist, begnügt sich vorläufig mit Reinsensierungen. Nach Siegfried kam unlängst ein recht hübsches Werk an die Reihe, nämlich „Josef und seine Brüder“, eine Oper, die seit 1882 nicht mehr gegeben worden ist und die im alten Kärntnertheater bei Entwürfen unserer Großherzöge gewesen ist. Man merkt das an manchem altmodischen Zug, namentlich im Textbuch, in dem die Sprachbiologie diesmal durch Realistidee ersetzt wurden. Aber dieses Modernisieren alter Opern hat keinen rechten Sinn, denn das Altmodische daran bildet ihren besten Reiz. Viel glücklicher ist die neue heilige Fassung, die Librettist Dr. v. Wymetal dem Werke gegeben hat und am glücklichsten der musikalische Teil der Aufführung. Trotzdem gab es eine kleine, gegen Direktor Weingartner gerichtete Demonstration, die aber diesmal gar nicht am Platze war. Ehr dann, wenn er eine solche nichtige Novität bringt, wie das einaktige musikalische Lustspiel „Das Icke Giff“. Der Komponist Albert Gortner (früher Postkapellmeister in Karlsruhe, D. Reb.) wandelt zuerst feil und gesteht in Wagner'schen Spuren, dann auf den ausgetretenen Pfaden, die nach Saffingen führen, um endlich ungeniert auf der beliebten Verkehrsstraße der Operette anzulanden. Diese oft aus Variété grenzende Trivialität war der Anlaß zu einer ziemlich lebhaften Ablehnung, die eigentlich das bemerkenswerte an dem neuen Premierenabend war.

Am wenigsten Mißgriffe vollzieht in dem Deutschen Volkstheater, das jetzt ohne Zweifel die erfolgreichste und sympathischste Wiener Bühne ist. Selbst bei minder erfreulichen Premieren wird man immer durch die künstlerische Inszenierung und Darstellung reichlich entschädigt. So auch an dem literarisch nicht sonderlich wertvollen Einakterabend, der vier ganz verschiedenartige Kleinigkeiten brachte. Einen, angeblich aus dem Portugiesischen des Julius Dantas überetzten Akt „Das Nachtmahl der Kardinal“. Drei alte Kardinal erzählten sich

in Marzipanverfärbten Liebesgeschichten aus ihrer Jugend und füllten die Pausen mit unedler Sentimentalität und wohlfeiler Philosphie aus, wozu eigentlich die Bühne nicht der richtige Ort ist. Viel erfreulicher ist „Der Kuh“ von Ludwig Huna, einem österreichischen Offizier. Auch nur eine Anekdote, aber eine sehr lustige und beweglich vorgetragene. Ueber die Pointe, der Diebstahl einer Brillantbroche unter dem Vorwand eines Kusses, ist sehr gelacht worden. Am stärksten wirkte eine französische Satire „Die Silberfischen“ von Beniere, ein regelloses Theatervorstücklein, in dem drastisch gezeigt wird, wie man Projekte verschleppt und verblödete Gegner wieder entzweit. Ein vulgärer großkörniger Wehrschwanz „Liedesquartier“ von Leo Lens, beschloß den Abend in unangenehmer Weise, und ohne den effektierten Antiklimax „Ein Akt gemüthlicher Hausmusik“, hätte man diesen Einakter schon längst vergessen. Den ersten großen und anhaltenden Erfolg verbannt diese Bühne der Komödie „Water“ von Guinon und Bouhinet. Das ist gleich wieder ein Musterbeispiel für die Grundverschiedenheit der Theaterbegriffe in Berlin und Wien. Dort ist die Komödie bei jedem Anlaß gleich wohl aufgenommen worden. Hier fand sie am selben Abend hartes Interesse und Sympathien. Vor allem durch die reizvolle Situation, die lebenswichtige Sentimentalität und den feinen Dialog. Und überdies gab dieses Stück Anlaß zu zwei schauspielerischen Leistungen, wie man sie nicht jeden Abend auf deutschen Bühnen sieht: Will Thaller als Inletz ständlicher Vater und Paula Müller als ein Töchterlein, heute ohne Zweifel die anmutigste und wertvollste Rolle, die man im weissen Umkreis findet. Dagegen hat ein großer Berliner Erfolg das Lustspiel „3 x 2 = 5“ des Länen Gustav Wied hier ziemlich verlogt. Trotz stellenweise vollendeter Darstellung hat diese grotesk-satirische Art, die auf die Dauer von vier lauten Akten etwas ermüdet, hier wenig Verständnis gefunden. Das Angehörte hat sich im Theater in der Hofoper ereignet. Die Komödie „Der Clown“ von Henri Bataille, die bei der gleichzeitigen deutschen Aufführung am Berliner Theater beinahe

Paris von der Berliner Universität charakterisiert in einer großen Berliner Zeitung gerade so, wie es der Kieler Professor Niemeyer vor etwa 4 Wochen in der „Deutschen Juristenzeitung“ tat, den Versuch der französischen Militärbeamten in Casablanca, die Fremdenlegation der Obhut unserer Konsulatsbeamten zu entziehen und in die militärische Gewalt des Generals Lamode zurückzuführen, als einen Akt durchaus unerlaubter Selbsthilfe. Beide Juristen vertreten ohne Einschränkung den Standpunkt, daß die Konsulargewalt unter allen Umständen zu respektieren sei. Der Dienstvertrau der französischen Militärbehörde mit den Fremdenlegationen trage lediglich privatrechtlichen Charakter; er sei ungültig, sobald er in Widerspruch mit dem öffentlichen Recht des Deutschen Reiches stehe. Das aber sei der Fall in dem Augenblick, wo die beiden in Casablanca desertierten Fremdenlegationsbeamten in Deutschland zu Gefangenen hätten. Die Auffassung, die die beiden genannten Rechtslehrer in der Angelegenheit der Deserture von Casablanca vertreten, ist dem deutschen Publikum so in Fleisch und Blut übergegangen, daß von der französischen Regierung unbedingt verlangt werden muß, den General Lamode zu respektieren und, vorbehaltlich weiterer Verurteilung, die widerrechtlich gefangen genommenen Deserteure freizulassen.

Zum Kaiser-Interview.

Eine dauernde engere Fühlung des Leiters der auswärtigen Politik mit der in Volkserziehung verkörpert Auffassung der Nation bezeichnet auch eine parlamentarische Zeitschrift an die freikonservative „Vot.“ als erforderlich. „Erit dann kann dem Reichskanzler auch das Maß von kräftiger Unterstützung zuteil werden, das ihn befähigt, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik seiner konstitutionellen Verantwortlichkeit voll gerecht zu werden. Mit der Frage der Bürgerschaften beschäftigt sich auch die „Vot.“ in einem Berliner Stimmungsbild, das zudem noch eine Reihe dunkler Andeutungen über die Lage enthält:

Die Möglichkeiten der Kanzlerkrisis liegen nicht allein auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Schon seit Wochen macht man in politisch sehr maßgebenden Kreisen über den Umschwung der politischen Konstellation sehr ernst zu nehmende Andeutungen. In Bundesratskreisen wird seit langem über die Possibilität des Fürsten Bülows gellagt; in konservativen Abgeordnetenkreisen diskutiert man ganz offen über die ausfallende Mattigkeit des Kanzlers, einige ihrer Führer haben davor schon bereits in vertraulicher Fühlungnahme mit dem Zentrum ganz positive Vorschläge gemacht. Es muß dahingestellt bleiben, inwieweit diese Gerüchte zutreffen. Fürst Bülow mag vielleicht in dem Gefühl der persönlichen Verpflichtung den Kaiser in dieser schweren Stunde nicht verlassen wollen. Schließlich wird aber auch er nur von der Zeit der öffentlichen Meinung getrieben. Die Interpellation des Reichstages wird nicht lange auf sich warten lassen. Von konservativer Seite ist sie bereits angekündigt, die übrigen Parteien werden sich ihr mit Sicherheit anschließen. Vermutlich begnügt sich das Parlament nicht bloß mit einer verbündeten Antwort, sondern es sucht zugleich Garantien zu erhalten, um derartigen Vorfällen für immer vorzubeugen. Von freisinniger Seite wird bereits angeregt, das seit der Begründung des Reiches immer noch andauernde Geleg über die Ministerverantwortlichkeit zu einer endgültigen Regelung zu führen. Unter dem Eindruck der jetzigen Vorgänge wird die Regierung dieses durch den Fürsten Bismarck selbst in Aussicht gestellte Geleg nicht mehr abschlagen können. Kein Moment ist mehr gegeben, kein Beispiel lehrreicher als das heutige. Die Lösung der jetzigen Krisis ist nicht mit einem bloßen Kanzlerwechsel — der vielleicht das Ausland sogar nur in neue Unruhe versetzt — getan.“

Zu der Interpellation Wasseremann schreibt die „Nat. Ztg.“: „Wie wir hören, dürfte bei dieser Gelegenheit, unter Billigung der deutschen Reichspolitik und scharfer Ablehnung gewisser Handlungen, auch dem Auslande klipp und klar dargelegt werden, daß das deutsche Volk seine inneren Angelegenheiten selber besorgt und in Bezug auf gewisse Illusionen und Aspirationen mancher Ausländer keinen Spoh verleiht, keine leichtfertige Behandlung verträgt, trotz seines energischen Willens, auch fernerhin wie seit nun 38 Jahren, den Frieden zu wahren. „Feiger Gedanken bängliches Schwanken“ bleibt auch in Zukunft andeutsch.“

Der kaiserliche Feldzugsplan für Lord Roberts.

Eine Berl. Korrespondenz erklärt, feststellen zu können, es sei nicht richtig, daß Kaiser Wilhelm einen Feldzugsplan gegen die Buren für Lord Roberts ausgearbeitet hat. Der Kaiser habe vielmehr lediglich in einem Privatbriefe an die damalige Königin von England seine Auffassung, wie man zu einem glücklichen Ende des südafrikanischen Feldzuges gelangen

konnte, in Aphorismen aufgelegt. Ebenso unrichtig sei es, daß unser Großer Generalstab mit diesen „Aphorismen“ irgendwie beauftragt worden ist. — Auffälligerweise stimmt die Erzählung, welche gleichzeitig eine andere Berliner Zeitungskorrespondenz über die Entstehungsgeschichte des Artikels im „Daily Telegraph“ bringt, in diesem wichtigen Punkte mit der oben genannten Quelle überein.

Es ist unklar, daß der Kaiser einen Feldzugsplan gegen die Buren ausgearbeitet oder auch nur entworfen hat; wahr ist nur, daß der preussische Generalstab sich während des Burenkrieges, wie dies während jedes auswärtigen Krieges geschieht, im sogenannten Kriegsspiel mit den Chancen der beiden fegeführenden Mächte auf das eingehendste beschäftigt und in der Zeit, in welcher die Engländer am stärksten bedrängt waren zu Studien, zwecken einen Feldzugsplan ausarbeitete, wie denn im vorliegenden Falle den Buren beizukommen wäre. Als dann Königin Victoria Briefe über die Bedrängnis ihres Volkes nach Berlin jureich, wurde ihr, man weiß nicht recht von wem, eine Mitteilung von dem so entworfenen „Feldzugsplan“ des preussischen Generalstabs gemacht. In ähnlicher Weise stellen sich in der Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ sämtliche über den Kaiser gemachten Angaben als grobe Entstellungen zum Zwecke der Polierung Deutschlands dar, so daß die ganze Veröffentlichung mit Rücksicht auf die Art ihrer Redaktion als plamphigische Fälschung bezeichnet werden muß.“

Leider sind diese Quellen nicht verlässlich genug, um unbedingtes Vertrauen zu verdienen. Und es wäre unverständlich, daß unsere amtlichen Stellen trotz der beispiellosen Erregung der gesamten Öffentlichkeit sich zu zeigen, wenn die Mitteilungen des „Daily Telegraph“ in einem so wesentlichen oder gar in allen Punkten wirklich Fälschungen oder Entstellungen wären. Daß die Entstehungsgeschichte der englischen „Entstellungen“ keine einwandfreie ist, scheint allerdings festzulegen. Es wird von verschiedenen Seiten übereinstimmend gemeldet, daß der eigentliche Urheber der Publikation im „Daily Telegraph“ der bekannte Londoner Publizist Sidney Whitman ist, der schon mehrere Werke über Deutschland und den Deutschen Kaiser verfaßt hat und bekanntlich vor ungefähr 6 Wochen Gast des Fürsten Bülows in Rorderney gewesen ist. Kurz Zeit darauf hat Whitman dem Kaiser die Bitte unterbreitet, ihm die Erlaubnis zu geben, eine deutschfreundliche Broschüre: „England und der Deutsche Kaiser“ veröffentlichen zu dürfen, in welcher die Stellung des Kaisers aus verschiedenen verschiedenen Zeiten zusammengefaßt werden sollte. Das Material hierzu hätte Whitman sich bei den englischen Freunden des Kaisers, mit denen der Kaiser namentlich im Herbst vorigen Jahres viel verkehrt hatte, selbst zusammengetragen. Es sind dabei Aeusserungen des Kaisers benützt worden, die schon jahrelang zurückliegen. Dieses Manuskript, etwa 50 bis 70 engbeschriebene Quartseiten, lag dem Gesandten Whitmans bei. Nun soll Whitman seine Broschüre im Manuskript einem Londoner Verleger übergeben haben, und dieser überhandte es ohne Wissen Whitmans dem „Daily Telegraph“, der daraus in rückwärtsloseter Weise diejenigen Stellen herausgerissen und entzerrt haben soll, die seiner deutschfeindlichen Tendenz entsprachen.

Noch ein Reher!

Die Schar der „Genossen“, welche aller Prinzipienreiterei zum Trotz der Wahrheit die Ehre geben, mehren sich bei der sozialdemokratischen Partei in einer für den Zukunftsstaat drängenden Weise. Seitern war es Südemum, heute Calver, der in den „Soz. Monatsh.“ einige Ausführungen veröffentlicht, welche im orthodoxen Lager Entsetzen erregen werden:

Die großgewerbliche Arbeiterschaft hat in den letzten zehn Jahren ihre Lage nicht unwesentlich verbessert. Das Lohnniveau hat sich durchschnittlich gehoben, daß man für die letzten zehn Jahre eine Steigerung von etwa 10 v. h. annehmen kann. Von dieser Basis ausgehend, kommt man zu der Forderung, daß namentlich die Einkommen der unteren Beamten um 25 bis 30 v. h. angehoben werden müssen, wenn die Unterbeamten einengruppen der großgewerblichen Arbeiter gleichgestellt werden sollen. Wer es wäre kurzfristig, nur den vierzehn Beamten diese weitläufige Einkommensverbesserung aufkommen lassen zu wollen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die gesamte Beamtenschaft auf eine durch die allgemein geistigen Lebensansprüche bedingte Erhöhung ihres Einkommens vollberechtigten Anspruch hat. Im einzelnen wird man darüber freieren können, welche Gehaltsstufen für die u. jene Beamtens-kategorien die richtigen sind, generell aber muß man sich erst darüber klar sein, daß bei der Verweisung des Gesamtinkommens des Beamtentum auf die Erträge des wirtschaftlichen Aufschwunges gehörende Rücksicht zu nehmen ist.“

Gegenüber solchen Bekenntnissen eines formell noch der Sozialdemokratie angehörenden „Genossen“ bleibt der Parteivorstand still und stumm! O alte Sozialherlichkeit, wohin bist du entflohen!

Nach auf diese Art kann man kein Geschäft machen, wie der Erfolg der neuen Theater-Operette „Der Liebeswalzer“ lehrt. Das Textbuch von Fritz Grünbaum und Robert Bodanzky ist ganz im Stile der lokalen Gesangsposse gehalten, und alle ärgerlichen Merkmale dieser glücklich überwandenen Gattung finden sich hier vollständig beisammen: Die nichtige Handlung, das seltsame Wiener Gemüt, der fragwürdige Humor. Dazu eine Durchschmittsmittel von einem wohlfeilen Wienererum, das heute schon in allen Weltteilen färbiert wird. Jetzt kommen überhaupt alle die schwächeren Operettenzeugnisse zum Vorschein, die sich während der nahezu zweijährigen Alleinherrschaft Lehars und Oscar Straus angehäuft haben. Und nun zeigt es sich, daß diese kleineren Leute noch immer nach genau demselben Reizen arbeiten wie vor zehn, zwanzig Jahren. Direkt aus diesem mageren Epigonenjahr scheint die Operette der „Frenschjäger“ zu stammen, die man jetzt im Theater an der Wien gibt. Bei dem Textbuch (von Baron Waldberg und Liebhold), das sich um einen indiskreten Don Juan dreht, braucht man sich nicht weiter aufzuhalten. Diese Handlung soll sich übrigens bereits in einem der fünfzehnter Stücke des seligen Seribe weit besser und weiser vorfinden. Der Komponist Alfred Jancara, ein gebildeter Musiker, der als Darlehnprofessor am Wiener Konservatorium tätig ist, schrieb dazu eine zwischen komischer Oper, Tanzsaal und Varieté schwankende Musik von reinlicher und harmloser Beschaffenheit. Wo sie einmal ein wenig Eigenart verrät, ist es die eines andern, zum Beispiel Suppés, Offenbachs oder Millöders. Eine unmittelbare Konsequenz der Erfolge Lehars und Oscar Straus, ist auch die Gründung des Johann Strauß-Theaters, das unlängst eröffnet wurde. Es säktern das Gebäude von außen wirkt, so freundlich u. behaglich ist es im Innern. Minder hübsch verläuft die erste Vorstellung mit einer präzisemäßigen Aufführung einer schwachen Strauß-Operette „1001 Nacht“. Die guten Kräfte spart man nämlich für die erste Novität — für Johann Strauß, dessen

Deutsches Reich.

— (Wasseremann und Reichskanzler.) Die „Nat. Ztg.“ schreibt: „Die „Dortmunder Zeitung“ veröffentlicht einen Bericht über eine Unterredung ihres Berliner Korrespondenten mit dem Abg. Wasseremann. Wie sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Mitteilungen in allen ihren Teilen auf Erfindung beruhen.“ Wir verweisen auf die bezüglichen Telegramme im heutigen Mittagsblatt.

— (Freisinn und Reichsfinanzreform.) Die Blätter beschäftigen sich gegenüber den neuen Steuerentwürfen der gebotenen Zurückhaltung. In allen Parteien herrscht wohl ihnen gegenüber das Gefühl, daß man sich freie Hand bewahren müsse und über das Schicksal der einzelnen Vorlagen sich heute noch nichts Endgültiges sagen lasse. Wir wollen hier nur eine Aeusserung der „Freisinn. Ztg.“ wiedergeben, die sich am Schluß einer kurzen Betrachtung zu den Steuerentwürfen findet und die für die parlamentarische Konstellation nicht ohne Bedeutung ist. Das Blatt schreibt:

Was nun die freisinnige Volkspartei betrifft, so wird sie vorwiegend an die Prüfung der Vorlage herangehen. Sie ist sich in vollem Maße des Umfanges der Situation bewußt und verschiebt sich der Erkenntnis nicht, daß unter den heutigen Verhältnissen mehr als je eine Sanierung der Reichsfinanzen notwendig ist. Andererseits weiß sie aber auch, was sie ihrem Programm schuldig ist, und wird die Grundzüge, von denen sie sich bei Finanzfragen bisher hat leiten lassen, auch in Zukunft zur Richtschnur nehmen. Das wird sie umso mehr tun, als diese Grundzüge ja nicht schädliche Sonderwünsche der einen oder anderen Interessengruppe beinhalten, sondern das Wohl der Gesamtheit.

— (Aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion.) In der vorgestrigen Sitzung der nationalliberalen Fraktion hielt der Abgeordnete Wasseremann den verstorbenen Mitgliedern der Fraktion v. Kaufmann, Silb und Djann einen warmempfundener Nachruf. v. Kaufmann hatte der Fraktion bis zu seinem Ableben angehört. Silb und der greise Djann waren schon früher ausgeschieden. Aber beide hatten nicht aufgehört politisch zu wirken und der Partei ihr wertvolles Interesse zu bezeugen. Von Silb meinte der Fraktionsführer: Silb sei ein kenntnisreicher Mann gewesen, vertrocknen mit den Interessen der rheinisch-westfälischen Industrie, der mit großer Objektivität sie mit den Interessen der Allgemeinheit in Einklang zu bringen verstanden hätte; ein Mann zudem der mit jenem Geschick in der Behandlung sozialpolitischer Dinge oft die Fraktion auf eine mittlere Linie zu einigen wußte, eine Aufgabe, die begreiflicherweise bei der Verschiedenartigkeit der sozialpolitischen Anschauungen innerhalb der Fraktion nur mit großem Geschick zu lösen war und bloß von einem Manne, dessen konzilianter Wesen eine solche Einigung leichter machte.

Aus Stadt und Land.

• Mannheim, 5. November 1908.

Nachklänge zu den städtischen Wahlen.

Es wird uns geschrieben: „Die Veröffentlichung des Allgemeinen Fabrikanten-Vereins und des Allgemeinen Arbeitgeber-Verbandes vom 3. November, — deren Berechtigung und Zweckmäßigkeit mit Rücksicht auf den konkreten Fall zu erörtern mir durchaus fern liegt, — bietet Anlaß einmal eine Eigentümlichkeit zu besprechen, die von politisch denkenden Kreisen der hiesigen Stadt längst als ein Mißstand empfunden worden ist: nämlich die Jurisdiktion und Teilnahmslosigkeit, die meistens der in Handel und Industrie und auf sonstigen Gebieten des intellektuellen Lebens führenden Männer gegenüber der Arbeit der politischen Parteien zu zeigen belieben. Mit Recht beklagt man, daß Handel und Industrie in unsern gesetzgebenden Körpern unverhältnismäßig schwach vertreten seien, daß sie in unserer Gesetzgebung viel zu wenig berücksichtigt würden. Ist dem so und erkennt man die Notwendigkeit einer Veränderung an, die natürlich nicht von heute auf morgen, ja nicht von einem Jahr auf das andere erreicht werden kann, so ist erste Vorbedingung hierfür jedenfalls die, daß die in ihren eigenen Kreisen als maßgebend, als führend anerkannten Männer jener Erwerbskreise sich ganz anders als es bisher geschehen ist, an politischen Parteilichen beteiligen. Denn nur auf dem Wege der politischen Parteilichheit und der Teilnahme daran kann etwas geleistet werden. Eine „Partei der Arbeitgeber“ ist ein Unbegriff.“

Schreiber dieses hat seit vielen Jahren eine ganze Anzahl nat.-lib. Parteiversammlungen in Mannheim selbst und der Umgegend besucht. Mit ganz wenig glänzenden Ausnahmen war da

durchsief, hat hier einen sehr schönen Erfolg erzielt. Die Ursache mag darin liegen, daß man hierorts über einer menschlich-echten Gestalt, einem aparten psychologischen Problem oder einem sorgfältigen Dialog manche dramatischen Fehler gern übersehen, die in Berlin unerwähnte Richter finden. In Wien kam noch eine treffliche Darstellung hinzu, wenigstens was Josef Jarno betrifft, der in der gastierenden Frau Emmy Schweiß aus Hamburg endlich wieder einmal eine an Intelligenz, Sprechkraft und Weibenshaftigkeit ebenbürtige Partnerin besitz.

Mit der deutschen Aufführung eines Pariser Jugstücks „Der König in Paris“ (von Piers und Cullinet) hat sich auch ein kürzlich gegründetes Unternehmen, die Neue Wiener Bühne sehr glücklich eingeführt. Sie ist im ehemaligen Danzerischen Orpheum untergebracht und wird von den Herren Dr. Wiene und Steinert geleitet, die ein modernes, wechselndes Repertoire pflegen wollen. Der Eröffnungsabend verlief überaus entzückt. Die Piers-Gailavetsche Komödie zeigt den aus Operetten und Schwänken bekannten Heinen Vollenfürsten, der in Paris Abenteuer sucht. Das Ganze ist eigentlich ein Operettenstoff, aber durch die scharfe und unerbittliche Art der Behandlung kommt ein kritischer Komödienzug hinein. Es gibt da wunderbare geklebte Figuren, ergötliche Situationen und vor allem einen Dialog, in dem die Pointen klingen und lustig aufeinanderklopfen. Die Komödie gefiel so sehr, daß Direktor Prohauke noch am selben Abend für das Festspieltheater in Berlin erworbt.

Die Volkoper brachte annehmbare Aufführungen des „Postillon von Bonnaman“ und des „Zell“, auch die Aufführung der „Joubertlute“ im Raimundtheater kann sich sehen lassen. Sehr nachdem die General-Versammlung des Raimundtheater-Vereins ihr Ja und Amen gesprochen hat, wird diese Bühne wohl bald gänzlich den Sueden der Oper und namentlich der Operette dienen. Die jedenfalls sehr bequeme u. einträgliche Abicht scheint die zu sein, vor dem anspruchslosen Publikum dieser Bühne schwächerer Operetten in zweifelhafte Darstellung aufzuführen.

Wamen sich dieses Theater anmaßt, sind sie offenbar zu gut. Selbstverständlich — er ist ja in diesem Hause bly ein Fremden-moher.

Buntes Feuilleton.

— Ein unbekanntes Werk Michelangelos. Das Michelangelo Briefwechsel mit Luigi del Riccio, seinem wackelhaften und geschäftstüchtigen Freunde, der hat in schwierigen Verhältnissen mit Rat und Tat so treu zur Seite stand, wiewohl wir, daß der Meister für den früh gestorbenen Neffen Ludvig, Cecchino Bracci, ein Grabmal entworfen und unter seiner eigenen Aufsicht und Anleitung hat ausführen lassen. Michelangelo hatte selbst zu dem schönen heiteren Jungen eine tiefe Zuneigung gefühlt, er nannte ihn seinen „Abgott“ u. als Cecchino mit fünfzehn Jahren plötzlich dem Leben entziffen wurde, ward er davon nicht viel weniger ergriffen als der weitverfesselte Cecco und konnte sich gar nicht genug um in klagenden Epigrammen, durch die er Riccio trösten wollte. Fünfzig solcher Epigramme sind uns erhalten, in denen das düstere Geheimnis des Todes immer wieder in Gegensatz zu der lebensvollen Heiterkeit dieser blühenden Jugend gestellt wird und die Gewalt des Abandes nicht hindern will aus der Phantasie des Künstlers. Aber nicht nur durch zahlreiche Dichtungen, an denen sich auch andere poetische Freunde aus dem Kreise Michelangelos beteiligten, sollte das Andenken an Cecchino aufrecht erhalten werden, sondern auch durch das marmorne Denkmal, das Michelangelo im Laufe des Jahres 1544 auführen ließ. Dies Werk, von dem Riccio schweigt und das auch sämtlichen späteren Biographen des Meisters unbekannt blieb, ist nun durch „Eruzio Scimozzini“ noch völlig unversehrt an dem ursprünglichen Platze aufgefunden worden, den Riccio und Michelangelo dafür ausgespart hatten. Scimozzini berichtet aber keine bedeutende Wiederentdeckung in einem ausfälligen Hofsaal, den er in der Novembernummer der von Dr. G. Biermann herausgegebenen Monatsheften für Kunsthistorie für Kunstwissenschaft veröffentlicht. Das in lateinischem Marmer ausgeführte Wandgrab

von der großen Zahl ausgezeichneter Männer des Mannheimer Großhandels, der Mannheimer Industrie, des Mannheimer Barons, des Mannheimer höheren Beamtenstandes niemand zu lesen. Dafür, daß ich mich in dieser Beziehung nicht täusche, dafür, daß dieser Mißstand auch anderwärts empfunden wird, finde ich die Gewähr darin, daß noch jeder mit den Verhältnissen vertraute, mit dem ich darüber gesprochen habe, dieselbe Klage erhoben hat. Die politische Agitation ist gewiß nicht jedermanns Sache. Aber daß die paar Hundert Leute, die aus politischem Pflichtbewußtsein bei jeder Reichs- und Landtagswahl immer wieder die Bürde der Arbeit auf sich nehmen, alles seien, was eine Stadt wie Mannheim aus denjenigen Kreisen, die hierfür in Betracht kommen, an zur politischen Arbeit befähigten Männer aufbringen könnte, glaube ich nicht. Wenn es so wäre, so wäre es traurig. Traurig ist's freilich auch, am Ende noch trauriger, wenn die Männer da sind, sie aber so wenig Interesse am Staatsleben bekunden, daß sie für das, was einem freien Volke das wichtigste ist, keine Zeit haben oder zu haben glauben. Das ist weder der Geist des alten Konstantinums noch derjenige des vielgeschmähten Agrarierturns; es ist aber auch nicht der Geist des alten Deutschen und insbesondere auch nicht des bairischen Oberösterreichs. Auch hier heißt's: *découvert monde!* Wer im heutigen politischen Kampfe nicht arbeitet, darf sich nicht beklagen, daß er keinen Einfluß habe. Ueber die „vornehme“ Handlungslehre, entspringe sie nun dem Aufgehen in die berufliche Tätigkeit, dem Aesthetismus oder dem Widerwillen gegen Volksversammlungen schreitet die Geschichte hinweg.

Großherzogin Silda feiert heute ihren 44. Geburtstag. Die hohe Frau, die durch ihr liebenswürdiges und konstantes Benehmen sich die Herzen aller ihrer Landesfinder im Sturm eroberte, beging diesen Tag an der Seite ihres Gemahls in Badenweiler. Mit den herzlichsten Glück- und Segenswünschen gebend heute das bairische Volk seiner Landesfürstin, die ihrer ersten Pflichten wohl bewußt ist. Unermüdet haben wir die hohe Frau bei ihrem kürzlichen hiesigen Aufenthalt an allen Veranstaltungen der Bürgerchaft mit lebhaftem Interesse teilgenommen. Ganz besonders sympathisch berührte es, als Großherzogin Silda wieder Zeit noch Nähe schenkte, um den hiesigen Krankenanstalten und sonstigen Werken christlicher Nächstenliebe ihren Besuch abzustatten. Ueberall rief die Kawesohnheit der edlen Fürstin große Freude und Vergnügung hervor. Möge Großherzogin Silda sich auch weiterhin der Gunst ihres bad. Volkes in so reichem Maße erfreuen, möge ihr fernerer Lebensweg von der Liebe des Volkes getragen und von Glück und Sonnenschein umgeben sein!

Anlässlich des heutigen Geburtstages der Großherzogin Silda hatten verschiedene Gebäude Flaggenschmuck angelegt.

Das bairische Militär- und Vereinswesen erstreckt sich, wie uns gemeldet wird, auf 55 Gauen. Der bairische Militärvereinsverband zählt 132 341 ordentliche und außerordentliche Mitglieder, 3 Ehren- und 210 Einzelmitglieder, zusammen 132 560.

Eine Rundgebung für den freien Sonntag, welche der *Deutschnationale Handlungsgehilfenverband* am gestrigen Tage in ca. 1000 Stätten durch öffentliche Handlungsgesellschaften veranstaltete, fand auch hier in unterer Soale des „Wilden Mann“ gestern Abend statt. Herr Professor *Sonne* eröffnete die Versammlung gegen 7 1/2 Uhr und ließ die zahlreich erschienenen willkommen. Nachdem er Herrn *Gausleiter* Richter das Wort zu seinem Referate, dieser besahe sich einleitend mit dem Anfangsstadium der Sonntagsbewegung und stellte dabei fest, daß bereits in den vier Jahren die Stimmung unter den Geschäftsinhabern größtenteils für die Sonntagruhe war. Rechner ging nun auf den gegenwärtigen Stand der Bewegung über und verurteilte die gegenwärtigen Einwendungen. Es sei festgestellt, daß nach den praktischen Erfahrungen von Frankfurt, Darmstadt, Offenbach usw. die gefährlichsten finanziellen Schädigungen der Geschäftsinhaber nicht nur nicht eingetreten sind, sondern daß die Mehreinnahmen der Hochzeiten den ausfallenden Sonntag voll und ganz gedeckt haben. So gut der Landbesitzer, wenn er einen Rechtsanwalt in der Stadt benötigt, diesen nicht Sonntags besucht, weil er weiß, daß Sonntags keine Sprechstunden ist, so bereitwillig werden auch die Leute auf dem Lande ihren Bedarf Werktagen in der Stadt decken. Der sogenannte „Ruin“ des kleinen Mannes ist bis heute noch eine leere Redensart geblieben. Herr Richter kam sodann auf das jüngste Attentat auf die Sonntagruhe in Mannheim zu sprechen. Nach der bekannten Genehmigung der Sonntags 11 bis 3 Uhr Verkaufszeit in den Monaten Oktober, November durch den Stadtrat, wurden von sämtlichen kaufmännischen Organisationen Mannheims sofort alle Handelsgeschäfte geschlossen, um eine gleiche Befürwortung durch den Bürgerausschuß zu verhindern. Bei allen Mannheimer Ladenbesitzer wurde eine Umfrage veranstaltet, und es trat hierbei ein außerordentlich überraschendes Resultat zu Tage. Von den Geschäftsinhabern erwiesen sich 800 als Freunde des Sonntagsgeschäftes, während nur 62 Gegner angetroffen wurden. Angesichts dieser Tatsache mußte nun der Stadtrat seinen Beschluß wieder rückgängig machen. Man werde sich vermündert fragen, wie derartige möglich sei. Die Handlungsgesellschaften seien befriedigt über die nunmehr feststehende Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der Mannheimer Ladenbesitzer die Sonntagruhe will. Die Frage der vollständigen Sonntagruhe, die zu

Ende der letzten Session im Reichstage bereits angeschnitten wurde, ist nunmehr beim Wiederzusammentritt des Reichstages in den Vordergrund der sozialen Forderungen gerückt. Möge sich nun baldigst erfüllen, was sich die deutschen Handlungsgesellschaften in den Teilnahmeschriften schon so lange ersehnten. Starke Anteilnahme der interessanten Ausführungen des Herrn Richter. In der freien Aussprache sprach Herr Busch vom Her Verein und bemerkte, daß er persönlich den Ausführungen des Herrn Richter voll und ganz zustimme. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute im „Wilden Mann“ zu Mannheim versammelten selbständigen und angestellten Kaufleute sind von der Ansicht durchdrungen, daß die heutigen gültigen Bestimmungen über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe §§ 105b ff. der G.-O. den modernen Anforderungen des Kulturlebens bei weitem nicht mehr genügen. Die großen Ansprüche, die in der fastenden Eile des Erwerbslebens an die Arbeitskraft des einzelnen gestellt werden, bedingen mit Notwendigkeit eine hinreichende Erholung für Körper und Geist. Die heutige Ordnung der Sonntagruhe bietet dazu keine Gelegenheit. Da aber der Reichstag die Macht hat, dem Kaufmannstande die langersehnte völlige Sonntagruhe schon jetzt zu geben, so richten die Versammelten die dringende Bitte an ihn, der vorliegenden Novelle zur Gewerbeordnung (Nr. 552 der Drucksache d. R.) nur dann zustimmen zu wollen, wenn in dieser Novelle gleichzeitig Bestimmungen aufgenommen werden, die unter Änderung der §§ 105b ff. der G.-O. die völlige Sonntagruhe im Handelsgewerbe herbeiführen. Ausnahmen hiervon wolle der Reichstag nur für Arbeiten zulassen, die in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unbedingt erforderlich sind.“ Eine gleichlautende Entschließung wurde auch an Herrn Reichstagsabgeordneten *Wasser* man zur Befürwortung übersandt. Nach einem Schlusswort des Herrn Richter war die angeregte verlaufene Versammlung gegen 11 Uhr beendet.

Gerichtszeitung.

Die Buhener Kindesentführungs-Affäre vor der Kobbacher Strafkammer.

(Eigener Bericht des Mannheimer General-Anzeiger. Badische Neueste Nachrichten.)

Die Verhandlungen wurden frey nach 8 Uhr eröffnet. Der Zuhörerraum ist stark besetzt. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat *Maier*. Beisitzende sind die Herren Landgerichtsräte *Frommherz*, *Deimling*, *Galenkamp* und Oberamtsrichter *Sildenbrand*. Die Anklage vertritt Staatsanwalt *Rau* s. Als Verteidiger fungieren für Frau *Fertig* Rechtsanwalt *Schumann* u. *Rosbach*, für *Maier* und *Kupferschmidt* Rechtsanwalt *Dr. Oelenstein* u. *Mannheim*, für *Schupp* Rechtsanwalt *Dr. Marx* u. *Mannheim*. Es sind 20 Zeugen geladen, darunter Polizeikommissär *Dietrich* u. *Mannheim* und mehrere Kriminalbeamte von Mannheim. Die Angeklagte *Fertig*, eine hübsche mittelgroße Erscheinung mit lebhafter Farbe, trägt einfache schwarze Toilette, großen Federhut, schwarzes Jackett und dunkelbraunen Hosen. Neben ihr haben die Angeklagten *Maier*, *Kupferschmidt* und *Schupp* auf der Anklagebank Platz genommen. Der frühere Gatte der Angeklagten *Fertig*, Professor *Eduard Fertig*, ist als Nebenkläger zugelassen. Ihm steht Rechtsanwalt *Wopp* u. *Rosbach* bei.

Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung mit der Feststellung der Verhältnisse.

der Angeklagten. Darnach ist Frau *Fertig* am 16. Februar 1878 in Kreuzlingen (Schweiz) geboren. Ursprünglich evangelisch, jetzt katholisch. Der Angeklagte *Adolf Maier* ist am 29. Juni 1870 in Herdern, Oberamt Waldshut, geboren, verheiratet, katholisch. Der Angeklagte *Kupferschmidt* ist am 14. Dezember 1874 in Forstheim geboren, verheiratet, katholisch, der Angeklagte *Albert Schupp* am 20. Juni 1880 in Mannheim, verheiratet, katholisch. Der Vorsitzende stellt weiter fest, daß die Angeklagten seit 30. August 1908 sich in Unterhabschach befinden, mit Ausnahme der Frau *Fertig*, die gegen Sicherheitsleistung am 22. September in Freiheit gesetzt wurde.

Nach dem Eröffnungsbeschluss

sind die sämtlichen Angeklagten beidschuldig, in mehreren selbständigen Handlungen, in gemeinschaftlicher Ausführung am Vormittag des 30. August 1908 widerrechtlich in die Wohnung des Professor *Eduard Fertig* zum Zwecke der Entführung des Knaben eingedrungen zu sein, wobei *Maier* und *Schupp* einen sechsjährigen Revolver zogen. Die Angeklagten werden weiter beidschuldig, eine minderjährige Person entführt zu haben, wozu *Kupferschmidt* allein Professor *Fertig* in seiner Wohnung aufsuchte, dann nach der Wegleitung der Angeklagten, außer *Schupp*, in die Wohnung eindrang und Frau *Fertig* dabei beidschuldig waren, daß sie mit dem Knaben in das Automobil kletterten und davonfahren konnte, obwohl die Angeklagten wußten, daß die Ehe rechtskräftig geschieden war. *Maier* und *Schupp* werden weiter der vorliegenden körperlichen Mißhandlung beidschuldig, indem *Maier* der Schwester des Professor *Fertig* einen derartigen Stoß vor die Brust gab, daß diese zu Boden stürzte und beim Fallen den Kopf anstieß und Prof. *Fertig* Schläge auf den Kopf verfezte. *Kupferschmidt* wird beidschuldig, mit dem Totschlag gedroht zu haben, indem er dem Messermeister *Schmidt* den Kopf goldenen Revolver entgegenhielt, als *Schmidt* das Automobil aufhalten wollte.

Der Vorsitzende stellt fest, daß Strafverfolgung seitens des Prof. *Fertig* und von Frau *Erniel* gegen Frau *Fertig*, *Maier* und *Kupferschmidt* wegen Hausfriedensbruch, außerdem gegen *Maier* und *Kupferschmidt* wegen Körperverletzung.

Berechnung der Angeklagten, Frau Fertig.

Vorl. Sie haben verstanden, wessen Sie beidschuldig werden. Wollen Sie sich zu den Beschuldigungen erklären?
Angekl. Ja.

Vorl. Ist es richtig, wessen Sie beidschuldig werden?
Angekl. Nein, es ist nicht richtig. Ich habe nicht gewußt, daß ich eine strafbare Handlung begehe und ebenso wenig gewußt, daß das Kind meinen Namen jugendlich war. Ich glaube in Recht zu sein, das Kind, welches ich 3 Jahre holtte, ebenso wegzunehmen zu können, wie es mein früherer Mann mir weggenommen hat. Ich habe mich mit Professor *Fertig* am 25. Nov. 1897 verheiratet. Der Ehe sind 2 Kinder entsprungen. Der Knabe *Birmin*, am 2. Oktober 1900 geboren und eine Tochter *Jita* am 21. November 1902 geboren. Ich war ursprünglich evangelisch, bin aber nach dem Gebot des Knaben zum Katholizismus übergetreten.

Vorl. Die Ehe war keine glückliche?
Angekl. (In lautes Weinen ausbrechend): Die ersten 2 Jahre waren glücklich,

Ich habe die Scheidung beantragt, weil es nicht anders ging. — **Vorl.** Der letzte Antrag dazu waren die Mißhandlungen, die Sie seitens Ihres Mannes erdulden mußten. — **Angekl.** Ja. — **Vorl.** Am 21. Mai 1905 haben Sie wegen dieser Mißhandlungen das Haus Ihres Mannes verlassen. — **Angekl.** bekräftigt dies und gibt weiter an, daß sie damals in Ettlingen gelebt habe und 2 Tage nach der Mißhandlungskassäre zu ihren Eltern nach Kreuzlingen gereist sei. — **Vorl.** Sie haben das darauf Scheidungsklage erhoben. Am 9. Juni 1906 ist der Antrag beim Landgericht Freiburg i. Br. eingegangen. Durch Urteil vom 8. November 1906 wurde der beklagte Ehemann als der allein schuldige Teil erklärt. Wegen des Urteils ist seitens des Ehemanns Berufung eingelegt worden. — **Angekl.** Ja. — **Vorl.** Ich stelle weiter fest, daß durch das Oberlandesgericht das Urteil aufgehoben und beiden Teilen die Schuld beigemessen wurde. Wegen dieses Erkenntnis wurde von beiden Teilen Revision beim Reichsgericht eingelegt. Aber auch dieses hat die Revision zurückgewiesen. Darnach ist also das Urteil des Oberlandesgerichts, das ein beiderseitiges Verschulden der Ehegatten vorfindet, rechtskräftig geworden. Ich stelle ans der Klage fest, daß als Gründe der Scheidung die vorhin erwähnten körperlichen Mißhandlungen angenommen wurden, ferner daß die Ehefrau wiederholt durch den Beklagten beschimpft worden ist. Der Vorwurf des Ehebruchs und die Beschuldigung des Meineids, von denen das erstere vom Landgericht als Scheidungsgrund angesehen wurde, ist vom Oberlandesgericht nicht als Scheidungsgrund aufrecht erhalten worden. Als Verschulden der Ehefrau wurde vom Oberlandesgericht die Beschimpfung des Ehemannes und seiner Angehörigen, insbesondere seiner Schwester, angesehen, anßerdem die Tatsache, daß die Klägerin über die intimsten Vorgänge des ehelichen Lebens dritten unbeteiligten Personen Mitteilung gemacht hat. Ist das richtig? — **Angekl.** Ja. — **Vorl.** Sie haben dann auch gegen *Fertig* bei der Staatsanwaltschaft Freiburg i. B. Strafantrag gestellt wegen Körperverletzung. — **Angekl.** Ja. — **Vorl.** Diese Körperverletzung bestand darin, daß anlässlich eines Wortwechsels in der Nähe Ihr damaliger Ehemann Ihnen einige Ohrfeigen versetzte und als Sie zu Boden stürzten, am Hals pochte und an den Beinen im Rücken herumzog. — **Angekl.** Ja. — **Vorl.** Das Schöffengericht Ettlingen hat deshalb am 2. August 1906 gegen *Fertig* unter Annahme milderer Umstände wegen Körperverletzung eine Geldstrafe von 50 M. eventuell 10 Tage Gefängnis erkannt. Wegen des Urteils ist Berufung eingelegt worden. Das Landgericht Freiburg i. B. hat am 2. Okt. 1905 die Berufung als unbegründet zurückgewiesen, ebenso auch die Revision. Die Beschuldigungen des Ehebruchs wurden in dem landgerichtlichen Urteil als Scheidungsgrund angesehen. Hierzu ist zu bemerken, daß Professor *Fertig* einen in seinem Hause wohnenden Gymnasiallehrer unerlaubter Beziehungen zu seiner Frau beschuldigt hatte. Der Vater des Gymnasialisten hat deshalb Privatklage erhoben und *Fertig* wurde vom Schöffengericht Ettlingen am 7. September 1906 wegen Verleumdung zu 50 M. Geldstrafe event. 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Berufung und Revision wurden auch in diesem Falle verworfen. In diesem Verfahren wurde zugeordnet festgestellt, daß die Beschuldigung, die gegen den Gymnasialisten erhoben wurde, unrichtig war. — **Angekl.** Ja. — **Vorl.** Das Schöffengericht hat festgestellt, daß Professor *Fertig* eine Woche darauf, nachdem seine Frau ihn verlassen hatte, dem Gymnasialisten in seiner Wohnung in Gegenwart eines Lehramtsbesitzenden den Vorwurf machte, er habe ihn mit seiner Frau betrogen, er sei ein Ehebrecher. Von einer Klage werde er Abstand nehmen, wenn sich der Gymnasialist verpflichte, ein Schriftstück zu unterzeichnen, in dem er sein Vergehen eingestehet. Sollte sich der Gymnasialist weigern, dann müsse er ihn in seinem Ehelebensvertrage als Zeugen anrufen. Der Gymnasialist hat daraufhin erklärt, Professor *Fertig* werde sich deswegen noch zu verantworten haben. Die Folge war dann die Klage, die, wie bereits bemerkt, zu der Verurteilung *Fertigs* wegen Verleumdung zu 50 M. Geldstrafe führte. — **Vorl.** Die Kinder waren also, nachdem Sie das Haus verlassen hatten, in Ettlingen geblieben. Nach einer vorläufigen Verfügung des Landgerichtes Freiburg i. Br. wurden Ihnen die Kinder während der Dauer des Scheidungsprozesses zugesprochen. — **Angekl.** Ja. — **Vorl.** Wegen dieser einstweiligen Verfügung ist seitens des Beklagten Widerspruch erhoben worden. Eine Beschwerde gegen dieses Erkenntnis hatte keinen Erfolg. Es wurde dann eine einstweilige Verfügung von klägerischer Seite erwirkt, daß Prof. *Fertig* die Kinder zeitweise zur Verfügung gestellt werden mußten. — **Angekl.** Ja. im Monat zweimal, nachmittags zwischen 2 und 6 Uhr in Konstanz, im Hotel *Hecht*. — **Vorl.** Wie sind Sie in den Besitz der Kinder gekommen?

Angekl. Ich war in Konstanz, als die Nachricht kam, die Kinder befänden sich in Mannheim bei einer Frau *Verich*. Mein Vertreter wollte mich von der unangenehmen Sache, die Kinder zu holen, entblenden. Er fuhr deshalb selbst mit meiner Mutter nach Mannheim, um die Kinder aufgrund der einstweiligen Verfügung nach Kreuzlingen zu bringen. Als meine Mutter in der Wohnung der Frau *Verich* ankam, ließ es die Kinder seien nicht da. Angeklagte schloß dann weiter die Anstrengungen, die seitens der Mutter und des Rechtsbeistandes gemacht wurden, um die Kinder in die Hände zu bekommen. Zuerst wurde ein Gerichtsvollzieher in die Wohnung geschickt, der aber ebenfals unermöglichte Dinge wieder umkehren mußte. Er sagte, die Frau hätte ihn furchtbar angefahren und jede Auskunft verweigert. Prof. *Fertig* sagte Anfangs ebenfals, die Kinder seien nicht da, er verweigerte auch die Auskunft darüber, wo sie seien. Daraufhin blieb der Mutter der Angeklagten nichts weiter übrig, als sich zur Staatsanwaltschaft zu begeben. Dort wurden ihr 2 Beamte mitgegeben, mit denen sie in der Wohnung der Frau *Verich* die Herausgabe der Kinder verlangte. Als *Fertig* hörte, daß ein Auftrag der Staatsanwaltschaft vorliege, gab er die Kinder her. Es stellte sich dann später heraus, daß die Kinder in der vorhergehenden Nacht auf einem Schiffe an der Rheinfähre verbracht worden waren, weil Prof. *Fertig* sie noch einmal sehen wollte. Der Vorsitzende stellt fest, daß die von der Mutter der Angeklagten beantragte Anklage gegen Prof. *Fertig* wegen Kindesraub eingestellt wurde, weil die Feststellung ergab, daß die Entführung des Knaben in Konstanz nicht mit List ausgeführt worden war. — Auf Verhalt des Staatsanwalts bekräftigt die Angeklagte, daß es nicht richtig ist, daß die Kinder absichtlich nach Mannheim gebracht worden sind, um sie ihr zu entziehen. — **Vorl.** Was sind für Veränderungen eingetreten, als die Ehe geschieden war?
Angekl. Da ich Deutsche bin, schickte ich meinen Sohn in die Schule in Konstanz. Als wir eines Tages am Mittagstisch saßen, die Suppe war schon längst kalt, die Angeklagte bricht hier in Tränen aus, so wie üblich ein Freund und sagte, Professor *Fertig* wäre eben angekommen und hätte den Knaben mit sich genommen. Er habe gesagt, der Bub sei ihm zugesprochen worden. — **Vorl.** Haben Sie gewußt, daß das reichsgerichtliche Urteil ergangen war? — **Angekl.** Nein. Meine Mutter erfuhr dann telegraphisch, daß die Revision verworfen sei. Weiter erfuhr wir keine Dinge. — **Vorl.** Worüber haben Sie gewußt, daß, wenn das Urteil des Oberlandesgerichts rechtskräftig geworden war, Sie den über 6 Jahre alten Knaben dem Vater übergeben muß-

des *Coecino* Tracci, dessen Erbschaft übrigens durch die in die römischen Inschriftenammlung aufgenommenen Grabsteine schon frühzeitig ist, befindet sich in der Mitte S. Maria in Traccesi zu Rom und ist durch die unermüßliche Säuberung der Kirche und die Befestigung zahlreicher Monumente unter Pius IV. und Gregor XIII. nicht berührt worden. Es geht noch heute so da, wie es Michelangelo geschaffen. Freilich hat der Meister kaum selbst Hand angelegt bei dieser in ihren Formen plump und schwer wirkenden Wandnische, die die Vortrübste des Verstorbenen umrahmt, aber die noch vorhandenen Zeichnungen beweisen, daß das Werk sich genau an die Entwürfe des Meisters anschließt, es läßt sich verfolgen, wie der Gehäule eines aus Trägern stehenden Sarkophags mit zwei ausladendem, volutenartigen Deckel und der darüber angebrachten Nische des Verstorbenen plötzlich in ihm entspannt und dann ausgehollt wurde. Das Grabmal schreht sich im Stief und Aufschwung sehr eng an die Medingrader an und atmet in seinen maßvollen schweren Formen, denen jede Plüschornamente fehlt, den melanchoch grandiosen Geist des Meisters, der sich damals von den Bildhauerarbeiten überaus schon zurückgezogen hatte und nur noch in den Baugebänden der Peterskirche und der Umgestaltung des Kapitolsplatzes lebte. Die Nische *Coecinos* ist eine recht durchsichtige, leinliche Arbeit, deren kalte Naturerwe mit Michelangelos kaltschender Färbung nicht zu tun hat. Trüben ist der *Tracci*-Denkmal das letzte Grabmonument in Rom, das frey noch seinen Zeichnungen ausgeführt wurde, es übertrifft nichts Dokument für die letzte Entwürfsphase der Grabkultur Michelangelos.

ten. — Angekl.: Das habe ich gewußt, aber ich habe nicht gewußt, daß man das Kind so wegnehmen dürfte. — Vorl.: Das wäre eine andere Frage. Die einfache Gesetzesform ist, daß ein Knabe von über 6 Jahren seinem Vater gehört. — Angekl.: Das habe ich nicht gewußt. — Vorl.: Sie werden damals schon gewußt haben, daß nicht eine vormundschaftliche Verfügung notwendig ist. Sie haben gewußt, daß diese Verfügung nur für die Dauer des Prozesses gegolten hat. — Angekl.: Das wußte ich damals noch nicht. Ich war der festen Meinung, daß das Vormundschaftsgericht über die Kinder von Neuem verfügt. — Die Angeklagte gibt dann weiter Auskunft über die Schritte, die sie nach ihrer Mutter zur Ermittlung des Knaben unternommen haben. Alle Anstrengungen, die die Angeklagte gemacht, sie wandte sich sogar an den Oberlehrer nach Karlsruhe, waren vergeblich, weil Professor Fertig das Kind in das Ausland verbracht hatte. — Der Vorsitzende stellt fest, daß sich die Angeklagte auch an verschiedene Gerichtspersonen in Konstanz gewandt hatte, die aber übereinstimmend zu verstehen gaben, daß gegen das rechtskräftige Urteil, das den Knaben dem Vater zuspricht, nichts zu machen sei. — Die Angeklagte fährt fort: Herr Dr. Winterer hat auch gesagt, der einzige Weg sei der, daß ich durch vormundschaftliche Verfügung eine Veränderung erwirke. Wie hätte ich das Kind holen können, wenn ich nicht wußte, wo es war. — Vorl.: Der Aufenthaltsort des Kindes wäre jedenfalls durch das Gericht festgestellt worden. — Angekl.: Fertig hat ja erklärt, daß er mit dem Knaben eher nach Amerika gehe, ehe er es mir ausliefern würde. Die Angeklagte äußert sich weiter über ihre Bemühungen zur Erlangung des Kindes. Sie habe durch ihren Rechtsbeistand, Herrn Rechtsanwalt Dr. Winterer in Freiburg i. B., erklären lassen, sie gehe auf Verhandlungen nicht ein, weil sie in ihrer Ehe zu trübe Erfahrungen gemacht habe. Sie habe auch das Institut „Argus“ in Anspruch genommen. — Verteidiger Dr. Deleuhenz möchte die Gründe festgestellt wissen, warum das Kind der Mutter zugesprochen worden sei. — Vorl.: Die Gründe sind, weil das Kind zu krank ist. Nur eine Mutter könne die nötige Pflege gewähren, die eine Verschlimmerung des Zustandes des Kindes ausschließt. Außerdem verpflege der Vater das Kind nicht selbst. — Angekl. fährt fort: Meine Mutter hat Kupferschmid, der damals Schuhmann in Konstanz war, veranlaßt, ein Zimmer im Hotel Decht in Konstanz zu nehmen und Fertig bei einem Zusammensein mit den Kindern zu beobachten. In Sagen sind meines Wissens erst Beobachtungen vorgenommen worden, als das Kind weg war. Die Angeklagte sagt weiter in Bezug auf das Institut „Argus“: Meine Mutter hat gesagt, daß ein Beamter bis nach Düren i. Rheinland gereist sei, dort aber die Spur verloren habe. Die Korrespondenz mit dem Institut „Argus“ habe ich nicht gelesen. Meine Mutter hat nur gesagt, es kommt nichts heraus. Mitte August d. J. fängt die Korrespondenz mit dem Institut wieder an. Um diese Zeit kam ein Brief von einem konstanzener Anwaltgehilfen, in dem stand, er glaube, daß der Knabe in Mannheim sei. Der Brief wurde dem Institut „Argus“ geschickt. Meine Mutter hat von Kupferschmid erfahren, daß der Knabe in Trient sei, was sich aber später als unmaß herausstellte. 8 Tage später sagte die Mutter zu mir, das Kind ist in Düren. Woher meine Mutter das wußte, sagte sie damals nicht. — Vorl.: Sie hat es vom Institut „Argus“ erfahren. — Angekl.: Erst jetzt hat sie es mir gesagt. Um 21 Uhr erhielt ich ein Telegramm aus Mannheim, daß das Kind in Düren sei, um 2 Uhr war ich schon im Schnellzug. Die Mutter schickte ohne mein Wissen ein Telegramm an Kaiser, mich am Bahnhof zu erwarten. Von einem Automobil war nichts an der Mutter nicht die Rede. Ich habe gesehen, daß meine Mutter mir eine Automobilbrille einpackte. Auf der Reise war ich nur von dem Gehilfen begleitet, mein Kind zu sehen. Mit weinender Stimme: Ich hätte von Stein und Eisen sein müssen, wenn ich in diesem Augenblick an Geseh und Redt gedacht hätte. Ich dachte, ich nehme das Kind genau so, wie er es genommen hat. Die Begleiter sollten mich nur beschützen. Meine Mutter hat mir nicht gesagt, daß die Dame vom „Argus“ das Kind um jeden Preis bringen wollten. An eine Entführung habe ich nicht gedacht. Holen und entführen sind zwei verschiedene Dinge. In Mannheim hat mich Kaiser abgeholt und in seine Wohnung geleitet. Kaiser fragte mich dort, ob das Kind niemand zugesprochen sei. Es sei auch niemand zugesprochen, bemerkte die Angeklagte mit Nachdruck; ich habe gesagt, das Kind gehöre niemand, bis das Obervormundschaftsgericht eine endgültige Verfügung getroffen hat. Kaiser sagte: Was meinen Sie wohl, woher ich es habe, wo sich das Kind befindet, worauf ich antwortete: Das ist nicht schwer zu erraten, von Herrn Tillesen. Ich habe dann eine Erklärung unterschreiben müssen, wonach eine endgültige Verfügung wegen der Erziehung des Sohnes noch nicht ergangen sei, und daß ich für alles aufkommen würde. Im Hotel hat man mir gesagt, ich müsse am anderen Morgen um 5 Uhr aufstehen, es ginge mit dem Automobil nach Düren. Auf die Frage, wie er sich die Sache denke, hat mir Kaiser geantwortet, das lasse sich nicht sagen, das ergebe sich von selbst. Ich habe das Kind holen wollen, ein deutscher Jurist hat mir gesagt, ich dürfe das Kind holen, selbst wenn es Düren und Fensterhölchen kosten würde.

Vorl.: Ich kann kaum glauben, daß ein deutscher Jurist so etwas gesagt hat. Wer ist dies denn? Angekl.: Es ist ein Staatsbeamter. Ich hätte das Kind vom Dache geholt, wenn es hätte sein müssen. Am andern Morgen fuhr ich mit Feld, Kaiser und Schult nach Düren. Kupferschmid lag unterwegs in Sockel ein. Auf der Einfahrt wurde vereinbart, das Kind beim Abgang wegzuholen. Als wir in Düren ankamen, begaben wir uns erst zur Stärkung in eine Wirtschaft und fuhren dann mit dem Automobil in die Nähe der Kirche. Dort warteten mir das Ende des Gottesdienstes ab und beobachteten die Ausgänge. Wenn das Kind herausgekommen wäre, hätte ich es in das Automobil genommen und wäre mit ihm davongefahren. Die Begleiter sollten nur etwaige Verfolger abwehren. Als sich herausstellte, daß der Knabe nicht in der Kirche war, wurde zur Wohnung Professor Fertigs gefahren. Es wurde vereinbart, daß ich hineingehen und das Kind an mich nehmen sollte. Von der Kirche ging ich zu Fuß zur Wohnung Fertigs. Als wir ankamen, sah das Kind mit Fertig zum Fenster hinaus. Ich stellte mich deshalb mit Kaiser, um nicht gesehen zu werden, in einen Terbogen. Kupferschmid ging hinauf und ich folgte. Als Fertig mich sah, fragte er, was wollen Sie. Ich sagte: Mein Kind! mein Kind!

Die Angeklagte schildert dann weiter, wie es ihr endlich gelang, das Kind mit Gewalt zu bekommen und mit ihm in das Automobil zu eilen. Inzwischen hatte sich zwischen Fertig, Kupferschmid und Kaiser ein Wortwechsel entwickelt, der schließlich darauf hinauslief, daß sie sich am Boden wälzten. Das Kind bot sich schließlich geschrien, es konnte mich überhaupt nicht. Ich bin sofort ins Automobil eingestiegen. Kaiser folgte mir auf dem Fuße. Als die Männer hinsielen, kam mir Schult zu Hilfe. Unterwegs hat Kaiser dann den Professor Fertig abgenommenen Revolver Schult übergeben mit der Bemerkung: Hier ist der Revolver, gehen Sie zur Gewerkschaft und machen Sie Anzeige. Das Kind hat in der letzten Zeit geschrien. Ich habe ihm von Schwestern und

Großmütterchen erzählt. Es hat mich immer angefloht. Plötzlich zog mich der Knabe am Ärmel und sagte: Nun und jetzt Frau? Ich habe ihm gesagt, weißt Du nicht, mehr wie Du sagen sollst? Dann hat mich der Knabe endlich erkannt, umarmt und geküßt.

Kaiser hat darauf geäußert, daß die großen Sünde ungegangen werden. Warum, weiß ich nicht. Von Heimbachfahrt war auch die Rede, weil das Automobil zu teuer wurde. Schließlich ist das Kind nach Stuttgart gefahren, weil er dort in Stuttgart holen wollte. Auf einmal kam in Stuttgart ein Schatzmann im Sturmschritt auf das Automobil zu und wollte das Kind aus dem Wagen herausreißen. Ich wehrte mich, wenn wir auf das Polizeigebäude gebracht, festgenommen und dann nach Mosbach eingeliefert wurden. Die Angeklagte weiß nicht, was an Kaiser bezogen wurde. Das Automobil kostete 150 M. pro Tag.

Rechtsanwalt Dr. Marx ersuchte den Vorsitzenden, die Angeklagte zu veranlassen, sich über die Verhörungen auszusprechen, die Prof. Fertig zu seinen beiden Kindern bei der Zusammenkunft im Hotelzimmer in Konstanz getan hat, weil er sie erheblich läßt, zur Motivierung der weiteren Verhandlungen. — Der Staatsanwalt bittet, die Fragestellung abzulehnen. Die Verteidigung besteht darauf, daß erst unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Angeklagte antwortet. Die Angeklagte erklärte, die Sache sei so furchtbar schmutzig, daß sie in der Öffentlichkeit nicht darüber ansprechen werde. — Das Gericht zieht sich zur Beschlußfassung zurück und erklärt bei seinem Wiedererscheinen, daß die Frage zugelassen sei. — Die Angekl. entschließt sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die Frage zu beantworten. Das Gericht beschließt alsdann während der Dauer der Aussagen der Angeklagten die Öffentlichkeit auszuschließen. Die Presse darf im Saale bleiben wird aber gebeten, über diesen Teil der Aussage nichts zu veröffentlichen.

Wir können feststellen, daß die Aussagen der Angeklagten über die Verhörungen ihres Ehemannes bei der Zusammenkunft mit seinen beiden Kindern nichts enthält, was die Sittlichkeit besonders gefährden könnte.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

- * Münster (Westf.), 5. Nov. Der Weihbischof von Galen ist heute vormittag gestorben.
- * Berlin, 5. Nov. Der Heftakteur des Anarchistenblattes „Der Revolutionär“, Richard Fischer wurde heute wegen Verleumdung der Offiziere, Unteroffiziere und Kapitulanten zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.
- * Berlin, 5. Nov. Die Kaiserin besuchte gestern nachmittag die Königl. Klinik und verweilte längere Zeit am Bette der färslich durch das kaiserliche Automobil verletzten Frau Ziegler.
- * Wien, 5. Nov. Kaiser Franz Josef empfing heute den Ministerpräsidenten v. Red in besonderer Audienz.
- * Santiago de Cuba, 5. Nov. Der erste Präsident der Republik Cuba, Girona Palma, ist gestorben.

Der Wüterogen-Verband.
 * Stuttgart, 5. Nov. Die der „Schwäbische Reich“ ererbte, werden die Verhandlungen zwischen den Staatsbahnenverwaltungen von Baden, Württemberg, Sachsen und Württemberg über einen Güterwagenverband demnächst zum Ziele führen. Nachdem sich bei der letzten Zusammenkunft von Vertretern der beteiligten Staaten in Hamburg keine Einverständnisse ergeben haben, findet im Laufe dieses Monats in Frankfurt a. M. eine weitere Konferenz statt, bei welcher über die endgültigen Vereinbarungen beraten werden soll.

National-Bismarck-Denkmal am Rhein.
 * Berlin, 5. Nov. Aus allen deutschen Gauen sind vaterländisch gestimmte Männer zusammengetreten, um den getreuen Kampf des deutschen Volkes, dem Fürsten Otto von Bismarck, auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück, gegenüber dem Denkmal der Germania auf dem Riederwald, ein Nationaldenkmal zu errichten. Reichskanzler Fürst v. Bülow hat die Stelle des Vorstehens mit folgendem Telegramm angenommen:

Herrn Reichstagsabgeordneten Wasser mann, Berlin.
 Euer Godwohlgebornen danke ich für das freundliche Begrüßungstelegramm mit der Bitte, den Mitgliedern des Ausschusses zu wiederholen, wie ehrenhaft es für mich ist, an der Spitze der Vereinigung zu stehen. Wäge das geplante Werk seiner Vollendung reich entgegengehen am Ufer unferes Rheins als neuer Markstein großer Zeit, als Wahrzeichen unserer Einheit zum dauernden Gedächtnis für die kommenden Geschlechter.

ges. Reichskanzler Fürst Bülow.
 Stellvertretende Vorsitzende sind die Reichstagsabgeordneten E. Wasser mann, Dr. v. Heydenbrand u. d. Raja, N. Raempf, Vizepräsident des Reichstages, und Herr v. Schorlemer-Lieser, Oberpräsident der Rheinprovinz.

Das Denkmal soll am 1. April 1915, dem Tage, an dem vor 100 Jahren Deutschlands Genius geboren wurde, enthüllt werden. Auch aus den Kreisen der Deutschen im Ausland liegen zahlreiche Zuschriften vor, die den Plan mit derselben Begeisterung begrüßen, die er schon jetzt im Inlande gefunden hat.

Die Erdhöhe in Mitteldeutschland.
 * Plauen, 5. Nov. Gestern abend 9 1/2 Uhr erfolgte oberhalb dem „Poppl. Anz.“ zufolge im ganzen Voglande ein außerordentlich heftiger Erdstöß, der unter der Bevölkerung die größte Beunruhigung hervorrief. Während der Nacht erfolgten eine größere Anzahl Erdstöße von geringerer Macht.

Deutschland und Oesterreich.
 * Wien, 5. Nov. Das „Wiener Fremdenblatt“ schreibt: Kaiser Franz Josef, der stets eine ideale Auffassung von Pflichten und Freundschaft gehabt, wird eine lebhafteste Benutzung empfinden, daß ihm gerade jetzt durch den Besuch des deutschen Kaisers die erwünschte Gelegenheit geboten wird, die Unerschütterlichkeit der freundschaftlichen Gesinnung in einem festen Händedruck auszusprechen. Die Förderung über das in London veröffentlichte Kaiser-Interview erstreckt sich auch auf eine Frage, über die ein Urteil abzugeben, die österr.-ungar. Monarchie in besonderem Maße befragt ist. Unsere Politiker, die seit Jahrzehnten mit den Trägern der deutschen Politik in innigstem Verkehr stehen, können mit gutem Gewissen bestätigen, daß keiner von den aus diesem Anlaß gegen die Deutsche Politik erhobenen Vorwürfe weniger berechtigt ist als gerade der Vorwurf der Unzuverlässigkeit. Wir setzen das völlige Vertrauen in die deutsche Politik und wünschen, auch künftig unser Verhältnis zu Deutschland durch die ganze Tiefe und den ganzen Umfang

dieses Vertrauens bezeichnet zu sehen. Kaiser Wilhelm war uns immer ein treuer Verbündeter; unsere Bündnistreue fand auf deutscher Seite stets eine volle, nicht anzuzweifelnde Erwidern, weil Fürst von Bülow in den acht Jahren seiner Kanzlerschaft stets in diesem Sinne gewirkt hat. Es freut uns, daß auch der jüngste Zwischenfall nicht vermochte, das Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm und seines Kanzlers zu trüben.

Sowohl für die Behandlung der deutsch-englischen Beziehungen als auch für die anderen Gebiete der internationalen Politik ist die Stetigkeit in der Leitung der deutschen Reichsgeschäfte gerade in diesem Augenblicke besonders wünschenswert. Der Fortfall der Garantien, die durch die bemühte, stets korrekte und aufrichtige Politik Bülows gegeben worden sind, wäre besonders zu bedauern.

In gleichem Sinne äußert sich die „Neue Freie Presse“, ausführend: Fürst Bülow war während der ganzen Dauer seiner Amtstätigkeit ein aufrichtiger Anhänger des Dreibundgedankens und pflichte besonders das Bündnis mit unserer Monarchie mit vollem Verständnis für die Bedeutung, die es für den allgemeinen Frieden und für die Interessen des Deutschen Reiches besitzt. Ein Wechsel in der Person des Reichskanzlers würde zwar in den allgemeinen Animen der deutschen Politik keine etwas ändern können, aber sein Scheiden aus dem Amte in dem jetzigen Augenblick, mitten in einer schwierigen internationalen Situation und während der Vorbereitungen zu einer Konferenz, würde eine gewisse Unsicherheit erzeugen. Die Bedeutung Deutschlands in Europa ist zu groß, als daß nicht das Erscheinen einer neuen Persönlichkeit auf dem Platze des Reichskanzlers ein Abwärtswand und Stöden in den Entschlüssen einzelner Regierungen bringen oder ihre Auffassungen beeinflussen würde.

Das Kaiser-Interview.
 * London, 5. Nov. Der „Manchester Guardian“ erfährt, daß der Artikel des „Daily Telegraph“ im wesentlichen der Wortlaut eines Tischgesprächs hat, welches vor einem Jahre in Highly Castle, dem Besitztum des Herrn Stuart-Wortles, geführt wurde. Der Schreiber des Artikels muß die Sprechweise des Kaisers genau kennen. Alle Hauptpunkte kamen in diesem Gespräch genau vor, besonders die Worte über die Lage des Krieges in Südafrika, sie waren so wiedergegeben, wie sie gesprochen wurden. Der Kaiser blühte, als er davon gesprochen die Gesellschaft an und jagte: Ich sehe, Sie glauben mir nicht, aber Sie finden alles in Windsor unter den Papieren meines Onkels.
 Der ganze Inhalt des Gesprächs war einem beschränkten Kreise von Personen seit vielen Monaten bekannt.

Der Zwischenfall von Casablanca.
 Französische Korrespondenz.
 R.K. Paris, 4. Nov. (Von unfer. Korresp.) Ueber die seit gestern wieder in den Vordergrund getratene Dejeuner-Affäre von Casablanca äußert sich die Pariser Presse wie folgt:
 Der „Matin“:
 Am 14. Oktober ds. J. machte die deutsche kaiserliche Regierung der französischen Regierung zweimal hintereinander den Vorschlag, den Zwischenfall von Casablanca dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Zweimal innerhalb 24 Stunden hat die französische Regierung diesen Vorschlag akzeptiert. Nichtsdestoweniger blieb die Frage offen. Heute, zum drittenmal, kommt die deutsche kaiserliche Regierung mit Schwerkraft auf die Angelegenheit zurück. Wahrscheinlich, um eine Ablenkung von den ersten Unannehmlichkeiten, die ihr die innere Politik verursacht, zu finden, vertritt sie nun den Vorschlag von Casablanca in seiner Bedeutung anzuhängen. Wir glauben vorziehen zu können, daß die Auffassung des Vorganges in Casablanca in den Augen kompetenter Autoritäten nur einen kostbaren Zeitverlust bedeutet, denn die französische Regierung ist seit entfallen, nur eine Lösung dieser Frage anzuerkennen: das Schiedsgericht. Nach ihr gibt es ein Detail zu regeln: das Verfahren. Der „Matin“ weist ferner auf den Umstand hin, daß während in Paris nur eine Konferenz zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Präsidenten der Republik und dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten stattfand, in Berlin — einer Redung des „Temps“ zufolge — der Bundesrat einberufen wurde. Der deutsche Bundesrat tagte aber nur in sehr kurzen Pausen. Seit dem Krieg von 1870 sei er nur zweimal einberufen worden. Das einstmals im Halle Schnäbele, das zweitemal in der scharf ausgeprägten Periode der marokkanischen Krise.

Die „Petite République“:
 Waroffo erscheint wieder auf der Bildfläche, das große Waroffo! Nachdem ihn wichtige Vorkommnisse verdrängt hatten, kommt nun der Zwischenfall von Casablanca wieder auf Tapet. Vor vier oder fünf Tagen noch erschien er völlig bedeutungslos. Es bedurfte der kritischen Loge des Fürsten Bülow, um ihm eine große Wichtigkeit wieder beizulegen. Nun werden wir wieder eine schöne Musik zu hören bekommen: Drabungen, Einschüchterungen und Reden über das geschlossene Schwert und das trockene gepölkerte Pulver. Wir werden sie mit jenem gemischten Interesse anhören, das man bereits gesehenen Dingen entgegenbringt. Wir kennen das alles! Und wir werden umso ruhiger sein, als wir uns nicht allein im Pariser Festhalten: die Triple-Entente ist nicht tot, sie geht aus den letzten Ereignissen gefärt hervor.

Deutsche Ruhe.
 Während so die französische Presse, auch die der Regierung nahestehende, sich in einer sehr unangebrachten Nervosität gefält und sich in Aufregung hineinredet, bewahren mit der deutschen Presse auch die amtlichen deutschen Kreise ihre Ruhe. Gestügt auf unser gutes Recht können und sollen wir sie auch bewahren, sollen sie allerdings auch mit Festigkeit waren. In der „Rein. Ztg.“ wird folgendes amtliche Telegramm veröffentlicht:
 * Berlin, 4. Nov. Leider hat es den Anschein, als ob der Pariser Presse die Ruhe und Ueberlegung in einem Grade abhanden kommt, der aus sachlichen Gründen sehr bedauerlich werden muß, weil wir ernstlich danach trachten, den Fall von Casablanca zu einer gütlichen und anständigen Beilegung zu bringen. Wir wollen auf Reueherungen wie die des „Figaro“ nicht im gleichen Tone antworten und uns auch nicht mit der deutschen Schandlat beschäftigen, die der „Matin“ entdeckt haben will, der in phantastischer Weise Intrigen schildert, die Deutschland anlässlich des russisch-englischen Zwischenfalls an der Doggerbank begangen haben soll. Auch die Meldung des „Echo de Paris“, daß der Deutsche Botschafter in Konstantinopel chiffrierte Depeschen des Sultans an Iszet Pascha und Munir Pascha sende und ebensolche Antworten empfangt, lohnt kaum einer ersten Widerlegung. Interessant an ihr ist höchstens, zu welchen Mitteln man greift, um Deutschland in den Augen der Jungtürken zu verdächtigen.

Ärten deutscher und ausländischer Transport-Aktien.

Table with 2 columns: Aktienart, Preis. Includes entries like 'Hamburg-Harburg', 'Hamburg-Neubrandenburg', etc.

Bank- und Versicherung-Aktien.

Table with 2 columns: Aktienart, Preis. Includes entries like 'Bayerische Bank', 'Deutsche Bank', 'Allgemeine Deutsche Versicherungs-Anstalt', etc.

Frankfurt a. M., 5. November. Kreditaktien 108.0. Diskontokommandit 176.80. Darmstädter 196.20. Dresdner Bank 143.80. Handelskreditbank 106.0. Reichsbank 137.5. Staatsbahn 146.80. Lombarden 21.85. Südbahn 212.0. Seltensfäden 196.0. Laurahütte 191.70. Union - - - Tendenz: ruhig.

Mannh. Kreditaktien 108.50. Diskontokommandit 176.40. Staatsbahn 146.8. Lombarden 21.80.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Berlin, 5. Nov. (Fondsbörse.) Die matte Haltung der Westbörsen, besonders die von Paris wegen der angeblich schärfer hervortretenden Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich in der Casablanca-Affäre, machte bei Eröffnung des Verkehrs nachhaltigen Eindruck, wogegen die gestrige stramme Haltung Newyorks nicht wie erwartet zur Geltung kommen konnte. Unter dem Druck der politischen Verstimmungen, welche, wie nach den matten Anfangskursen zu schließen war, Paris und London beherrschten, gestaltete sich das Geschäft hier recht schleppend bei überwiegender Neigung zu Kursabbröckelungen. Lokale Banken bei stillem Geschäft bis 1/2 Proz. weichend. Stärker berührt von den Erörterungen über die Politik waren diesmal Renten, die bei starkem Angebot nachgaben. Japaner gleichfalls schwächer, wogegen 1902 in Russen behauptet waren, Montanaktien lagen uneinheitlich, doch war eine gemischte Widerstandskraft unverkennbar. Von Bahnen konnten amerikanische Werte von dem strammen Verlaufe Newyorks nicht viel profitieren. Baltimore etwas höher. Kanada schwächten sich dagegen im Verlaufe ab, angeblich auf Londoner Abgaben. Schiffahrtsaktien und Elektrizitätsaktien vernachlässigt; auch auf diesem Gebiete traten, wenn auch nicht erhebliche, Kursrückgänge ein. Das Geschäft war weiterhin nicht träge. Der Kursstand erfuhr weiter leichte Einbußen. Tägliches Geld 2 1/2 Proz.

Berlin, 5. November. (Schlußkurs.)

Table with 2 columns: Aktienart, Preis. Includes entries like '4% Reichsanl.', '3 1/2% Reichsanl.', '3% Reichsanl.', etc.

W. Berlin, 5. November. (Telegr.) Nachbörse.

Table with 2 columns: Aktienart, Preis. Includes entries like 'Kreditaktien', 'Diskontokomm.', 'Staatsbahn', etc.

Pariser Börse.

Paris, 5. November. Anfangskurse.

Table with 2 columns: Aktienart, Preis. Includes entries like '3% Rente', 'Spamer', 'Luz. Boote', etc.

Londoner Effektenbörse.

London, 5. November. (Telegr.) Anfangskurse der Effektenbörse.

Table with 2 columns: Aktienart, Preis. Includes entries like '3% Konsols', '4% Reichsanleihe', '4% Argentin', etc.

Sivapool, 5. November. (Kaufkurs.)

Table with 2 columns: Aktienart, Preis. Includes entries like 'Weizen per Maß', 'Mais per Maß', etc.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 5. November. (Telegramm.) (Produktenbörse.)

Table with 2 columns: Produkt, Preis. Includes entries like 'Weizen per Dechr.', 'Mais per Dechr.', 'Roggen per Dechr.', etc.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse

vom 5. November.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Verzählung per 100 kg abwärts hier.

Table with 2 columns: Produkt, Preis. Includes entries like 'Weizen präkult.', 'Rohweizen', 'Roggen präkult.', etc.

Tendenz: Getreide ziemlich unverändert.

Mannheimer Effektenbörse

vom 5. November. (Offizieller Bericht.)

Heute notierten: Badische Bankaktien 181 bez., Brauerei-Fischbaum-Aktien 108 G. und Mannheimer Versicherungs-Aktien 405 G. Tendenz: still.

Table with 2 columns: Aktienart, Preis. Includes entries like 'Badische Bank', 'Brennerei-Fischbaum', 'Mannheimer Versicherung', etc.

Telegraphische Handelsberichte.

Rombacher Güttenswerte, (Wochn.)

Berlin, 5. Nov. In der heutigen General-Versammlung der Rombacher Güttens-Werke in Rombach (Wohlfingen) wurde der Vorstand die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1907-1908 zur Vorlage. Nach Abzug von Obligationen und Bankguthaben, der Verwaltungskosten und Abschreibungen in Höhe von 3.001.428 RM. (3.084.872 RM.) infol. Abschreibungen von 500.000 RM. und des unter Berücksichtigung des vorjährigen Gewinn-Vortrages verbleibenden an verfügbaren Betrages 3.264.570 RM. (3.355.468 RM.) Der ordentlichen General-Versammlung wurde die Verteilung einer Dividende von 9 Proz. in Vorschlag gebracht. Es verblieben als Vortrag für neue Rechnung 169.844 RM. Eine seltens einer Bilanz-Stimme dem Rombacher Güttens-Werke gemachten Offerte auf Übernahme von 5.000.000 pfund Aktien mit Dividenden vom 1. Juli 1908, wird der am 19. Dez. 1906 stattfindenden General-Versammlung zur Genehmigung unterbreitet werden. Die neue Emission soll zum Fines von 140 Proz. den Besitzern aller Aktien bei einem unerschöpflichen Reiz, dessen Ausfüllung nicht gleich geschehen kann, zu geeigneter Zeit angeboten werden.

Von der Frankfurter Börse. Preuß. konsolidierte Staatsanleihe (Schaffensche) verzinslich bis 31. März 1915 mit 4 Proz. vom 1. April 1915 bis 31. März 1928 verzinslich mit 3 1/2 Proz. und vom 1. April 1928 beginnend mit 3 1/2 Proz. für die folgende Zeit gelangt vom 6. ds. Mts. an zur Notierung. Die Anleihe ist in Teilsumme zu 10.000, 5000, 3000, 1000, 500, 200 und 100 Mark und mit Zinsguthaben vom 1. April 1909 ff. eingeteilt.

Badische Anilin- und Soda-Fabrik.

Frankfurt a. M., 5. Nov. Seitens der Vereinsbank und der Filiale der Deutschen Bank in Frankfurt ist für 15 Millionen 4 1/2-prozentige Obligationen Serie B der Gesellschaft die Zulassung zur hiesigen Börse beantragt worden.

Badische Maschinenfabrik und Eisengiesserei, Durlach. Durlach, 5. Nov. Nach befriedigender Beschäftigung liegen die Ertragnisse für 1907/08 aus Maschinenbau und Giesserei auf 892.093 M. (i. V. 747.214). Die Dividende von 8 Proz. (i. V. 10 Proz.) soll auf das nunmehr vollberechtigte Aktienkapital von 1.000.000 verteilt werden. Zur Herabminderung derselben, sowie zur Tilgung der letzten Obligationenleihe wird nunmehr eine neue 4 1/2-prozentige Obligationenleihe von 1.000.000, rückzahlbar ab 1914 zu 103 1/2 Proz. innerhalb 44 Jahren aufgenommen. Für das neue Geschäftsjahr erhofft it. Frkft. Ztg. die Verwaltung wieder ein befriedigendes Resultat.

Mühlensanastalt u. Maschinenfabrik vorm. Seck, Dresden.

Dresden, 5. Nov. Die Generalversammlung der Mühlensanastalt und Maschinenfabrik, vorm. Seck in Dresden setzte nach längerer Debatte die Dividende auf 12 Proz. (wie i. V.) fest. Rechtsanwalt Dr. Böhm protestierte gegen die Abschreibungen als ungerichtet und dagegen, dass keine ordnungsgemäße Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt werde. Die Verwaltung antwortete, dass sie, um bare Mittel zu sparen und im Interesse einer soliden Finanzierung in der vorgeschlagenen Höhe aufrecht erhalten müsse, und dass eine Detaillierung der Geschäftskosten mit Rücksicht auf die Konkurrenz nicht angebracht erscheine. Rechtsanwalt Dr. Böhm brachte seinen Protest zu Protokoll.

Solinger Bankkrach.

Solingen, 5. Nov. Der mit der Prüfung der Haftpflichtfrage betraute Ausschuss der Aktionäre der Solinger Bank fasste den Beschluss, einen bekannten Berliner Juristen zu beauftragen, im Namen der Inhaber der jungen Aktien aus dem Jahre 1906 die Schadensersatz-Klage gegen den A. Schaaffhauseischen Bankverein, der sie emittierte, einzuleiten. Bezügl. der Haftbarmachung des Aufsichtsrats wurde it. Frkft. Ztg. beschlossen, in eine in nächster Zeit stattfindenden Versammlung der Inhaber der Aktien den Vorschlag zu machen, sich der Regressklage des Konkursverwalters anzuschließen.

Deutsche Waggon-Leihanstalt A.G.

Berlin, 5. Nov. Die deutsche Waggon-Leihanstalt A.G. in Berlin hat auf eine Anfrage erwidert, sie nehmen nicht an, dass ihre Dividende von 1908 hinter der vorjährigen von 11 1/2 Proz. zurückbleiben werden.

Neue Insolvenz.

Berlin, 5. Nov. Die Rauchwaren-Firma Steinberg Son in Newyork und London ist in Schwierigkeiten geraten. Die Passiven sollen bedeutend sein. Leipzig ist mit 400.000 Mark beteiligt.

Frankenthaler Brauhaus, A.G., Frankenthal.

Die Dividende wird it. Frkft. Ztg. wieder mit 7 1/2 Proz. wie seither vorgeschlagen.

Lissabon, 5. Nov. Die Erlaubnis zur Einfuhr von 50.000 Millionen Kilo Weizen wird laut Frkft. Ztg. dekretiert.

Seit telegraph. Nachricht ist der Dampfer „Kaiser Wilhelm II“ am 27. Okt. von Bremerhaven ab, am 3. Novbr., vormittags 10 Uhr wohlbehalten in Newyork angekommen.

Witgetreid durch H. J. G. Göttinger in Mannheim, O 7 Nr. 22.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adressen: Waggold, Geschäftsz. Nr. 56 und 1637 5. November 1908. Provisionsfrei

Table with 3 columns: Name, Käufer, Käufer. Includes entries like 'A.G. für Mühlbetrieb', 'Badische Lebensversicherungs-Gesellschaft', etc.

Table with 3 columns: Name, Käufer, Käufer. Includes entries like 'A.G. für Mühlbetrieb', 'Badische Lebensversicherungs-Gesellschaft', etc.

Table with 3 columns: Name, Käufer, Käufer. Includes entries like 'A.G. für Mühlbetrieb', 'Badische Lebensversicherungs-Gesellschaft', etc.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Musikverein. Zur Aufführung der Legende „Der Kinder...“ die kommenden Sonntag durch den Musikverein...

Hans Thoma als Erzieher. Auf Veranlassung Hans Thomass veranstaltet der Verlag Süddeutsche Monatshefte...

glaubt. Die „Unterweisung“ Dürers möchte ich auch den Kunstakademien empfehlen; es könnten Anregungen daraus hervorgehen...

Stimmen aus dem Publikum.

Die Damenfrage. Nach längerer Zeit ist wieder einmal in Joreen Blatte die „Hutfrage der Damen“ angeschnitten worden...

Die Art, wie sich die Entleerung des Bernhards Hofes bei stark besuchten Porträt-Abenden des Kaufmännischen Vereins vollzieht, gibt zu ernstlichen Bedenken Anlass...

Noch dem ersten Akademiekonzerte äußerten verschiedene Damen ihren Unwillen über das Rauchen in der Wandelhalle...

Sportliche Rundschau.

Rauschspiele. Fußball. Bei der Bekanntmachung der Spiele der Sportgesellschaft Olympia muß es heißen: „Gleichzeitig mit der 1. Mannschaft Olympia spielte die 2. Mannschaft Olympia gegen die 2. Mannschaft des Mannheimer Fußballklubs 1908...“

Herbst-Kontroll-Versammlungen 1908

im Landwehr-Bezirk Mannheim, Bezirk des Hauptmeideams Mannheim, für Mannheim-Stadt und die Stadtteile Käferthal, Redarau und Waldhof.

Jahresklasse 1902 der Infanterie mit den Anfangsbuchstaben A bis K. Samstag, den 7. November 1908, nachm. 3 Uhr.

III. Im Stadtteil Redarau (Marktplatz): Alle zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften sämtlicher Waffen.

Vermischtes. Heiraten jeden Standes vermittelt und Discret. H. unter Nr. 6477 an der Brühl.

Bekanntmachung.

Die Verleihung eines Patentes... Nr. 45000 I. Der auf der Rechtsseite der Lindendrostei...

Wir bringen dies gemäß § 9 der Vollzugsverordnung... Das Bürgermeisteramt: Dr. Finer.

Bekanntmachung.

Montag, 23. Nov. 1908, nachmittags 3 Uhr... Die Bedingungen können auf dem Wasswerk...

Bekanntmachung.

Montag, 8. Nov. 1908. Die Direktion des städt. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerkes: Böhler.

Vergebung.

Die Ausführung der Zimmerarbeiten resp. der Dachholung... Submissionen werden angenommen.

Submissionen

Die Linielagen zur Vergabung können in unserem Bureau... Mittwoch, 18. Nov. 08 vormittags 11 Uhr.

Verkauf.

Die Direktion des städt. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerkes: Böhler.



Lese-Mappen

A: über B: enthalten: enthalten:

- Das Buch f. alle... Hof-Kalligraph Gander's... Herren und Damen... Stellen finden... Verkauf... Werkstätte... Möbl. Zimmer... CS, 93 Treppen... J 6, 6... Geräumige Werkstätte... Werkstätte... Läden... K 1, 12... F 4, 10

Abonnementspreis

Table with columns for 'für A oder B' and 'per Quartal' or 'p. Woche'.

Francken & Lang

C 4, 6 Mannheim C 4, 6 Fernsprecher 1212.

Zwangsvollstreckung.

Dreitag, 6. November 1908, nachmittags 2 Uhr... Zwangsversteigerung...

Große Treibjagd Rehe

Sehr billig. Schlegel und Rücken von 4.- Mk. an... J. Knabe 1, 14

Heirat.

Heirat. Ein 30 Jahre alt, in geistiger Stellung... Vermischtes.

Bureaux.

B 1, 2 neu u. groß Bureau... D 7, 11 zwei Büreau...

Laden.

G 2, 8 (Marktplatz), 1 großer Laden... Bellenstr. 61

Bureau.

Bureau. In vermieten, sofort bezugsbar... Zugelaufen

Verloren

Portemonnaie mit Inhalt am Mittwoch Abend... Geldverkehr.

Unterricht

Hof-Kalligraph Gander's... Herren und Damen... Stellen finden.

Verkauf

Fahrrad mit Freilauf, gut erhalten... Werkstätte.

Möbl. Zimmer.

K 1, 13 1 Trepp., am liebsten Zimmer... CS, 93 Treppen.

J 6, 6.

Werkstätte mit Zentralfan... Geräumige Werkstätte.

Werkstätte.

Werkstätte mit Zentralfan... Möbl. Zimmer.

CS, 93 Treppen.

3 Zimmer, 1 Küche... J 6, 6.

Geräumige Werkstätte.

Geräumige Werkstätte... Werkstätte.

Werkstätte.

Werkstätte mit Zentralfan... Läden.

Läden.

part. Laden in vermieten... K 1, 12.

Mietgesuche.

2 möbl. Zimmer von Herrn... F 4, 10

Advertisement for 'Schuh-Haus B. Traub' featuring 'Fortschritt' shoes. Text includes '97 verschied. Formen', 'Rationelle Kinderstiefel', 'Erste Marke', 'Besonders beachtenswert: Spezial-Ausführung in Lack, Chevreaux und Box-Calf', 'Einheitspreise: Damenstiefel Herrenstiefel 15.50 Mk. 16.50 Mk.', 'Auserlesenes Material', 'Stets das Neueste'.

Bund f. Mutterhub Mannheim C. V. Freitag, 6. November, abends 8 1/2 Uhr im Saale der Loge Carl I. Eintracht L. 8, 9. Vortrag von Wilhelmine Nohe, Berlin „Kind und Gütlichkeit“

Weinrestaurant „Austria“ Täglich abends von 7 Uhr ab Grosses Konzert des berühmten Pulk- und Gesangs-Ensembles „Die uridelen Nürnberger“

Advertisement for 'KRAMP' featuring 'Freitag u. Samstag 50 Pfennig jeder Meter eines grossen Postens Damast- u. Gerstenkorn-Handtücher-Reste' and '85 Pfennig per Meter 1000 Meter Brokat-Bettdecken'.

Advertisement for 'Ambulatorium' for 'Herr- u. Frauenkrankheiten' with 'Direktor Hch. Schäfer' and 'Lichtheil-Institut „Elektron“'.

Advertisement for 'Dr. Oetker's Vanillinzucker' as 'das beste Gewürz' for various pastries and cakes.

Advertisement for 'Nerven-Auffrischungs-Kuren' with 'Elektr. Licht-ellanstalt August Königs'.

Advertisement for 'Nur eine gute Tasse Kaffee' featuring 'Disque' brand coffee.